

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostschlesien . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

8. Jahrgang Dresden, Dienstag den 28. Juni 1932 Nummer 149

13 Jahre Versklavung des werktätigen Volkes

Nieder mit dem Versailler Sklavenpakt!

Die Lausanner Tributkonferenz fliegt auf . Die Papenregierung für Beibehaltung der Tributseffeln . Nur der Kommunismus zerbricht den Sklavenpakt der Imperialisten

Lausanne, 27. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

In Lausanne wurden gestern die Besprechungen zwischen der deutschen und französischen Delegation fortgesetzt. In deren Verlauf die deutsche Delegation von ihrem in der vorigen Woche dargelegten Standpunkt über die Anerkennung der Verantwortlichkeit französischer Tributforderungen abtrat. Es handelt sich aber nur um ein Wandern, mit dem man die Lausanner Konferenz beschließen lassen will, da eine Erklärung Papens zum Freitag in Deutschland und in der ganzen Welt großes Aufsehen erregt und die Papen-Schleicher-Regierung für den Freitag in Deutschland und in der ganzen Welt großes Aufsehen erregt hat. Bei seinem Wochenschluss in Berlin wurde er als sichtbar als eine Regierung der Tributsklaven entlarvt hat. Bei seinem Wochenschluss in Berlin wurde er als sichtbar als eine Regierung der Tributsklaven entlarvt hat. Bei seinem Wochenschluss in Berlin wurde er als sichtbar als eine Regierung der Tributsklaven entlarvt hat.

Die deutsche Delegation hat gestern die Besprechungen mit der französischen Delegation fortgesetzt. In deren Verlauf die deutsche Delegation von ihrem in der vorigen Woche dargelegten Standpunkt über die Anerkennung der Verantwortlichkeit französischer Tributforderungen abtrat. Es handelt sich aber nur um ein Wandern, mit dem man die Lausanner Konferenz beschließen lassen will, da eine Erklärung Papens zum Freitag in Deutschland und in der ganzen Welt großes Aufsehen erregt und die Papen-Schleicher-Regierung für den Freitag in Deutschland und in der ganzen Welt großes Aufsehen erregt hat.

13 Jahre Versailles! Wer zerbricht die Sklavenketten?

Am 28. Juni 1919 wurde der Vertrag von Versailles unterzeichnet und damit das imperialistische Machtssystem in Europa ausgerichtet, das bis zum heutigen Tag herrscht. In diesen 13 Jahren hat es die deutsche Bourgeoisie nicht fertig gebracht, die Ketten abzuschütteln, welche in Versailles von den Siegerstaaten den Besiegten aufgeschwungen wurden. Erst vor wenigen Tagen hat der Reichsführer der „nationalen Konzentration“ in Lausanne vor den Tributmächtigen ausdrücklich bekräftigt, daß die deutsche Regierung sich auch heute noch durch den Vertrag von Versailles gebunden und zu seiner getreulichen Erfüllung verpflichtet betrachte! So sprach Herr von Papen, und wie sagte Hitler?

Am 12. März 1932 erklärte Adolf Hitler dem amerikanischen Korrespondenten Knickerbocker: „Ich werde keineswegs nun sofort alle Notverordnungen der Regierung Brünning rückgängig machen, und ich werde ebensowenig sofort verkünden, daß der Vertrag von Versailles zerbrochen werde.“ Die Notverordnungen wie der Versailles-Vertrag haben Tausende geschaffen, die man nicht einfach dadurch ändern kann, daß man die Notverordnungen aufhebt und den Vertrag zerbricht. Diese Notverordnungen werden rückgängig gemacht werden, wenn wir etwas geschaffen haben, was an ihre Stelle treten kann, und der Versailler Vertrag wird dann erledigt sein, wenn auf einer neuen Konferenz ein anderer Vertrag abgeschlossen wird.

Am Freitag hatte Reichsführer von Papen nach der Aussprache mit der französischen Delegation, mit dem Lausanner Vertreter des Matin eine Aussprache, in deren Verlauf er erklärte: „Ich kann Ihnen nur das wiederholen, was ich bereits gesagt habe. Ich bin der allererste, der anerkennt, daß Frankreich in der Angelegenheit der Liquidierung der Reparationen Anspruch auf eine Gegenleistung hat. Wenn ich materiell in der Lage wäre, diesen Ausgleich in finanzieller Form anzubieten, würde ich es tun. Da das mir jedoch unmöglich ist, bitte ich darum, daß wir uns bemühen, diesen Ausgleich gemeinsam auf einem anderen Gebiete, und zwar auf dem der Wirtschaft zu suchen. Dies muß im Rahmen der wirtschaftlichen Koordination Mitteleuropas geschehen.“

Die deutsche Delegation hat gestern die Besprechungen mit der französischen Delegation fortgesetzt. In deren Verlauf die deutsche Delegation von ihrem in der vorigen Woche dargelegten Standpunkt über die Anerkennung der Verantwortlichkeit französischer Tributforderungen abtrat. Es handelt sich aber nur um ein Wandern, mit dem man die Lausanner Konferenz beschließen lassen will, da eine Erklärung Papens zum Freitag in Deutschland und in der ganzen Welt großes Aufsehen erregt und die Papen-Schleicher-Regierung für den Freitag in Deutschland und in der ganzen Welt großes Aufsehen erregt hat.

Der Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krogholtz erklärte in seiner Rede, daß die Reparationen gezeichnet werden sollen, und daß dafür die deutsche Regierung bereit sei, gemeinsam mit Frankreich den Wiederaufbau Europas, die großen weltwirtschaftlichen Probleme durchzuführen. Schwerin-Krogholtz deutete auch die Bereitschaft an, die französische Devisenpolitik (die sich besonders gegen die Sowjetunion richtet) zu unterstützen. Für die Streichung der Reparationen erklärte auch Papen die völlige Bereitschaft, gemeinsam mit Frankreich an der Lösung in französischer Aufsicht mitzuarbeiten. Das heißt gegen die Sowjetunion vorzugehen. Herrschend antwortete schroff und unterbrechend in klaren Worten, daß Frankreich grundsätzlich am Versailler Vertrag festhalte. Frankreich sei höchstens zu einem Zahlungsaufschub bei entsprechender Gegenleistung Deutschlands bereit.

Die deutsche Delegation hat gestern die Besprechungen mit der französischen Delegation fortgesetzt. In deren Verlauf die deutsche Delegation von ihrem in der vorigen Woche dargelegten Standpunkt über die Anerkennung der Verantwortlichkeit französischer Tributforderungen abtrat. Es handelt sich aber nur um ein Wandern, mit dem man die Lausanner Konferenz beschließen lassen will, da eine Erklärung Papens zum Freitag in Deutschland und in der ganzen Welt großes Aufsehen erregt und die Papen-Schleicher-Regierung für den Freitag in Deutschland und in der ganzen Welt großes Aufsehen erregt hat.

Heute, am 13. Jahrestag der Unterzeichnung des Versailler Schandvertrags, ist die nationale Erniedrigung des deutschen werktätigen Volkes durch die herrschende Klasse und ihre Stützen schlimmer denn je. Der Kaiser des Kabinetts der „nationalen Konzentration“ ist erneut nach Lausanne gefahren. Das gesamte Kabinett der von Schleicher und von Gönz hat das Versailler Abkommen gutgeheißen. Gutgeheißen die Anerkennung der weiteren Tributpflichtigkeit, gutgeheißen die jährlichen Zinsleistungen von 2½ Milliarden an die Bankräuber von London, New York und Paris, gutgeheißen die Unterdrückung Südrusslands durch den italienischen Faschismus, nichts gelangt gegen die Abtrennung und Belegung deutschen Gebiets durch Pilschke-Polen.

Die deutsche Delegation hat gestern die Besprechungen mit der französischen Delegation fortgesetzt. In deren Verlauf die deutsche Delegation von ihrem in der vorigen Woche dargelegten Standpunkt über die Anerkennung der Verantwortlichkeit französischer Tributforderungen abtrat. Es handelt sich aber nur um ein Wandern, mit dem man die Lausanner Konferenz beschließen lassen will, da eine Erklärung Papens zum Freitag in Deutschland und in der ganzen Welt großes Aufsehen erregt und die Papen-Schleicher-Regierung für den Freitag in Deutschland und in der ganzen Welt großes Aufsehen erregt hat.

Unter der Fassade der Versöhnung nach innen und außen lagern die Notverordnungen einander. Das schändliche Volk soll die Tribute zahlen. Weil es begehrt aufbegehrt, darum Segelherren der hitlerischen Schatzkammer! Denn Hitler ist Tributverschleiher, denn Hitler zahlt, wenn die Bourgeoisie ihn zur Regierung heranzieht; denn Hitler leant nur einen Feind, den Sieg der Arbeiter- und Bauernregierung, den Sieg der proletarischen Diktatur in Deutschland, die gleich den Sowjets in Rußland den Versailler Sklavenpakt mit eigener Faust zerbrechen würde.

Die deutsche Delegation hat gestern die Besprechungen mit der französischen Delegation fortgesetzt. In deren Verlauf die deutsche Delegation von ihrem in der vorigen Woche dargelegten Standpunkt über die Anerkennung der Verantwortlichkeit französischer Tributforderungen abtrat. Es handelt sich aber nur um ein Wandern, mit dem man die Lausanner Konferenz beschließen lassen will, da eine Erklärung Papens zum Freitag in Deutschland und in der ganzen Welt großes Aufsehen erregt und die Papen-Schleicher-Regierung für den Freitag in Deutschland und in der ganzen Welt großes Aufsehen erregt hat.

SPD-Bürgermeister Klimpel, Freital, setzt Polizei ein zur Ermittlung von Erwerbslosen

Arbeiter-Protestaktionen . Gummiappellanten gegen Arbeiter, Frauen und Kinder

Gestern vormittag führte der sozialdemokratische Bürgermeister Klimpel von Freital die in der letzten Stadtratssitzung angeordnete Ermittlung von erwerbslosen häußlichen Wirtschaften durch. Gegen 8 Uhr wurde der Erwerbslose Bruno Richter, Wobbelitzstraße, von dem Gerichtsvollzieher, der in Begleitung von fünf Polizeikräften erschien, aus dem Hause geholt und ihm dratlos erklärt, daß er aus der Wohnung vertrieben würde. Die Möbelstücke wurden in den mitgeführten Wagen verladen. Inzwischen waren die Freitaler Arbeiter mobil geworden und verlangten, daß Richter eine Erziehungswohnung gestellt bekommt. Eine dreifache Abordnung drang auf das Rathaus, um Klimpel zu ersuchen, die Ermittlung zu verhindern. Nachdem die Gemüthen dort eine Stunde aufgehalten wurden, ließ Herr Klimpel sagen, er lehne es ab, mit den Vertretern zu sprechen, es solle eine schriftliche Eingabe an den Rat erfolgen. Inzwischen hatte aber die empörte Einwohnerschaft die Justizkammer ergriffen, tuerhand die Pferde ausgepannt und den Wagen durch Freital getrieben. In diesem war ein Schild befestigt mit dem Wortes: „Ermittlung durch die Freitaler SPD-Polizei“

Barthaer Textilarbeiter rüfen zum Streik gegen Lohnabbau

Der Belegschaft des Textilbetriebes Wölbus in Bartha, die über 700 Mann stark ist, soll der sogenannte überörtliche Lohn von sechs Prozent abgehoben werden. Seitdem sind vier Verlesungen der Belegschaft statt, die sich in großer Empörung über den geplanten Lohnabbau befindet. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition verlangte Urabstimmung zum Streik. Die Gewerkschaftsbürokratie, die ebenfalls vertreten war, sprach gegen Kampfmassnahmen und verbot die Arbeiter mit der Erklärung einzuschüchtern, daß die Betriebe in Leipzig und anderen Streikarbeit verrichten würden. Die Betriebsversammlung beschloß trotzdem, eine Urabstimmung durchzuführen. Die KPD wird sofort alle Maßnahmen für einen erfolgreichen Kampf treffen und durch die Belegschaft einen vorbereitenden Kampfschritt wählen lassen.

Heute, am Jahrestag der Unterzeichnung von Versailles, stehen wir kämpfer und lauter unseren Ruf an das ganze wert-

zur Juli

...wirtsch., wirtschaftl. und politisch. Das ist jenes Deutschland, in dem die Großkapitalisten um Herzogin, Prinzessin und...

Die zweite Voraussetzung von Versailles war die blutige Niederschlagung der revolutionären Arbeiterklasse durch das Regime...

Die deutsche Kapitalistenklasse ging nach Versailles, weil sie die Hände frei haben wollte für die völlige Niederschlagung des Proletariats...

13 Jahre Vollzug des kapitalistischen Nachkriegs-Deutschland haben an dem System von Versailles nichts geändert...

Der französische Imperialismus hat die ersten Jahre der kapitalistischen Weltkrise denut, um seine Macht ungeheuer zu vergrößern...

Das imperialistische Deutschland treibt eine doppelte Politik gegenüber Frankreich: die nationalpolitische...

Nach viel Häßerei über die finanzielle Abhängigkeit Deutschlands von dem französischen Finanzkapital...

Das sind die Gründe dafür, weshalb der französische Imperialismus — ohne einen einzigen Soldaten mobil zu machen — jede gegen das Versailles System gerichtete Forderung eines kapitalistischen Deutschlands im Ru einfallen kann...

13 Jahre lang hat die deutsche Bourgeoisie gehofft, sich durch fremde Hilfe allmählich aus dem System von Versailles herauszuwinden zu können...

Die einzige reale Kraft, die gegen das Versailles System im unerschütterlichen Organismus liegt, ist die Sowjetunion...

Die deutsche Bourgeoisie hat nicht einmal den Mut gehabt zu einer konsequenten Kapitalpolitik gegenüber der Sowjetunion...

Mit dieser Politik der Doppelzüngigkeit gegenüber der Sowjetunion und der Orientierung auf eine Verständigung mit den...

Schwere Nazi-Provokationen in Leipzig

Arbeiter bauen Barrikaden

Hitlers Nordbanditen wollen Strafexpeditionen durchführen. Polizei geht mit Schußwaffen gegen die sich wehrenden Arbeiter vor. Ein Arbeiter erschossen, mehrere verletzt

Leipzig, 28. Juni (Eig. Drahtber.) Gestern abend provozierten Nazis die Arbeiter und versuchten, durch die Arbeiterviertel zu marschieren...

Bei diesen Provokationen handelt es sich um eine Strafexpedition im Leipziger Osten, wie sie ähnlich am Sonntag im Leipziger Westen durchgeführt wurde...

Die kommunistische Landtagsfraktion wird heute zwei Anträge im Landtag einbringen, in der die hitlerische Regierung aufgefordert wird, das Uniformverbot durch die SA zu verbieten...

dem Dienst zu entfernen. Weiber verlangt der zweite Antrag die sofortige Bekleidung der hitlerischen Polizeibeamten.

Antifaschistischer Aufmarsch in Freiberg

In Freiberg fand am Sonnabend der erste Aufmarsch der antifaschistischen Aktion statt. Mit zahlreichen Transparenten und Fahnen legte sich der rund 500 Arbeiter zählende Demonstrationzug am Markt durch die Stadt in Bewegung.

Zur Kundgebung auf dem Obermarkt waren ungefahr 2000 Personen erschienen unter ihnen eine große Anzahl Reichsbannerarbeiter in Uniform.

Nach Ablauf der Kundgebung bildeten sich eine Anzahl Disziplinstrümpfe mit den Reichsbannerarbeitern, dabei brachen die Reichsbannerproleten ganz offen zum Ausdruck, daß man sich endlich die rote Einheitsfahne herstellen müsse.

Abend fand noch eine öffentliche Versammlung statt, in der sich 25 Personen darunter 22 Männer und 3 Frauen in die antifaschistischen Verein eintrugen. Es wurde ein Einheitsfahnenklub gewählt, dem 4 parteilose und 1 kommunistische Arbeiter angehören.

Hitlerfaschisten sollen überall legal terrorisieren

Heute neue Hindenburg-Notverordnung

Demonstrations- und Uniformverbot wird generell aufgehoben

Wie die Presse mitteilt, soll am heutigen Tage durch Hindenburg eine Notverordnung erlassen werden, die das Uniform- und Demonstrationsverbot für die hitlerischen Banden in allen Teilen des Reiches aufhebt...

„Damit dürfte dann auch der erste grundlegende Schritt zur Abschaffung des nazifaschistischen Systems getan sein.“

Diese Worte sind nicht anders als die Ankündigung, daß der heute erfolgende Verfall der hitlerischen Demonstrations- und Uniformverbot gegen die arbeitenden Massen in den nächsten Tagen noch zu verzeichnen ist...

Parlamentarischer Massenbetrug

Berlin, 28. Juni (Eig. Drahtber.) Gestern fand auf Veranlassung der Preussenregierung eine private Vorrede vor dem Reichstag statt...

Die hitlerische Regierung schied hat an dieser Konferenz nicht teilgenommen, um auch den Anschein zu vermeiden, als sei sie mit den Maßnahmen der Propagierung und Hindenburg, des Kandidaten der „Hitlerischen Front“, mit den Worten:

Die SPD-Führer laufen zu Goh!

Berlin, 28. Juni (Eig. Drahtber.) Gestern erschienen vom SPD-Vorstand Crispian, Dittmann, Regel, Stampler beim Reichsinnenminister Goh!

Die Reichsinnenminister des Reiches magen eine Resolution, die die SPD-Propagierung des Goh! und die Idee der einseitigen Entlassung der Demonstranten nicht gegen den Widerstand der Nationalen und der Reichsbannerarbeitern durchzuführen...

Wichtiger antifaschistischer Kongreß in Hamburg

129 SPD-Delegierte, Betriebsarbeiter, Angestellte und Mittelständler stark vertreten

Hamburg, 27. Juni. (Eig. Ber.) Am gestrigen Sonntag tagte in Hamburg im Saalbau Scharnhorst der 1. Antifaschistische Kampfkongreß des Bezirks Wollersdorf.

322 Delegierte sind politisch in der SPD organisiert, 129 Mitglieder der SPD, 26 Mitglieder der SA, 18 Reichsbannerkameraden, 17 Delegierte der SA und des SA, ferner waren 11 ehemalige nationalsozialistische Arbeiter delegiert.

Angestellte waren mit 50, Mittelständler mit 23, Bauern mit 6 und Landarbeiter mit 11 Delegierten vertreten.

Im Verlauf des Kongresses kam der antifaschistische Kampfwillie aller Arbeiter gegen den Faschismus klar zum Ausdruck. Das Referat des Genossen Schuberth und die Ansprache des Genossen Bierd als Vertreter des Zentralkomitees der kommunistischen Partei wurden mit übermäßigem Beifall aufgenommen.

Der Kongreß beschloß ein Manifest an alle Schichten des...

arbeitenden Volkes des Bezirks Wollersdorf zum Kampf gegen den Faschismus.

Ein Bezirkskomitee der Antifaschistischen Aktion wurde einstimmig gewählt.

Arbeiterttern beschließen Schulkstreik

Gestern fand in Vauaberg eine Elternversammlung statt, in der zu dem Schulkstreik in Dresden Stellung genommen wurde.

Am Sonntagvormittag demonstrieren die Arbeitertkinder Dresdens von mehreren Stellen der Stadt aus durch den roten Markt.

Arbeitertkinder demonstrieren

Am Sonntagvormittag demonstrieren die Arbeitertkinder Dresdens von mehreren Stellen der Stadt aus durch den roten Markt.

Die kommunistische Partei Deutschlands hat vom ersten Tage ihres Bestehens an den Weg von Versailles, Locarno, Genf und Locarno mit aller Leidenschaft bekämpft...

So lehren 13 Jahre Geschichte seit dem Tag von Versailles das eine: der einzige Weg aus den Sklavensetzen des Versailles Systems ist der Kommunismus.

81

C2

Ohne revolutionäre Zerreißung der Kaufverträge keine nationale Befreiung!

Aufruf der Liga gegen Imperialismus zum „8. Kongreß der nationalen Minderheiten“

Am 28. bis 30. Juni tagt in Wien der Kongreß der nationalen Minderheiten in Europa. Seit acht Jahren tritt diese Organisation zusammen, um verschiedene Fragen über die nationalen Minderheiten zu erörtern und dem Völkerbunde Forderungen in Bezug auf die unterdrückten Völker und nationalen Minderheiten zu unterbreiten. Diese Organisation hütet sich auf keinen Fall, die wirkliche Lage der unterdrückten Völker und nationalen Minderheiten zu übersehen, die ihnen vorliegt. Sie hat die Aufgabe, die nationalen Minderheiten, die wie lokale Bürger ihrer Herrscherstaaten zu leben und sich damit zu begnügen, ihre Rechte im Rahmen der Verträge von Versailles zu verteidigen.

unter das Joch schäblicher Ausbeutung und nationaler Anechtung gezwungen werden. Sie wendet sich gegen das Versailler System, das der Imperialismus geschaffen hat, wie auch gegen den Völkerbund und andere imperialistische Nachkriegsorganisationen und Institutionen, die nur als Instrumente in der Hand der imperialistischen Großmächte dienen, und deren Beziehungen sich einzig darauf richten, dieses System aufrechtzuerhalten. Die Liga appelliert an die unterdrückten Völker und nation-

alen Minderheiten, die noch dem Kongreß der nationalen Minderheiten oder ähnlichen Organisationen angeschlossen sind, den Kampf für ihre nationale und soziale Befreiung in diesem Geiste zu führen.

Ohne die Zerreißung der Kaufverträge und der gesamten Ausbeutungspolitik der imperialistischen Staaten ist keine nationale Befreiung, kein Schutz der nationalen Minderheiten zu erwarten!

Gerade in diesem Augenblick, wo der japanische Imperialismus, unterstützt von dem Weltimperialismus und in erster Linie von dem französischen Imperialismus, Krieg führt gegen das chinesische Volk, gegen die chinesischen Sowjets, mit dem Ziel, China endgültig aufzuteilen, wo er sich rüht zum Krieg gegen die Sowjetunion, in diesem Augenblick, wo die Gefahr eines imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion drohend ist als je zuvor, in diesem Augenblick ist die geschlossene Einheitsfront aller unterdrückten Völker und nationalen Minderheiten der Welt das dringende Gebot der Stunde!

Rote China-Armee marschiert vor

Trotz beispielloser Bedrohung erweitern und festigen sich die Sowjetgebiete

Tokio, 27. Juni. Wie die Agentur Gimban Kengo meldet, haben aufständische Truppenteile der Kwantung-Regierung zusammen mit der chinesischen Roten Armee Mitte Juni die Stadt Ma Tschowang, die nördlich von Hankau liegt, besetzt. Nach der Überwindung der noch Widerstand leistenden Regierungstruppen rückten die roten Truppenteile in der Richtung auf Hankau fort. Wie die genannte Agentur berichtet, ist es sehr wohl möglich, daß auch andere Teile der Expeditionstruppen der Kwantung-Regierung sich der Roten Armee anschließen und demnach Hankau bedroht sein wird.

Dupei. In diesem Bericht heißt es u. a.: „Die chinesische Sowjetregierung in diesem Gebiet stellt eine hoch organisierte Macht dar, die über ein eigenes Postwesen, eigene Briefmarken usw. verfügt.“ Wie die Zeitung weiter meldet, ist die Sowjetmacht dieses Gebiets gegenwärtig sehr um die Ausbesserung des Bewässerungs- und Kanalsystems bemüht. Um sich die Dienste der „nationalen Kommission für die Heberhebungsmassnahmen“ zu sichern, haben die Sowjetbehörden einen von der Roten Armee gelangenen Hauptmann freigelassen, worauf sich die Kommission verpflichtet, bei der Reparatur der Dämme in dem Sowjetgebiet Hilfe zu leisten. Gegenwärtig arbeiten in dem Sowjetgebiet etwa 60 bis 70 Mitarbeiter der Kommission. Als die Mitglieder dieser Kommission glücklicherweise ihre Arbeit begannen, und 3000 Mann für die Erarbeitung anforderten, wurde diese Zahl von Arbeitskräften von den Sowjetbehörden im Laufe von 24 Stunden bereitgestellt. Wie die Mitglieder der Kommission berichten, sind die Dämme und Teiche im Sowjetgebiet außerordentlich gut gebaut und glänzend gegen die Unterwühlungen geschützt.

Der amerikanische Generalkonsul in Hankau meldet in einem Bericht, daß kommunistische Truppen aus dem Gebiet der Stadt Suatjhan in der Provinz Szechuan vorrücken.

Die „Schantz Times“ bringt einen Bericht über die Lage in den nördlich von Jangtschiang gelegenen Sowjetgebieten.

Oesterreichs Arbeiterhilfe verboten

auf Grund eines Gesetzes vom Jahre 1867

Wien, 27. Juni. Nachdem die Tätigkeit der Oesterreichischen Arbeiterhilfe schon in den letzten Monaten eine harte politische Behinderung erfahren hatte und einzelne ihrer Ortsgruppen von der Polizei aufgelöst wurden, ist nunmehr die Organisation der Oesterreichischen Arbeiterhilfe behördlich aufgelöst worden. Der Beschluß des Bundeskanzleramtes, bereits am 3. Juni gefaßt, wurde am Sonnabend, dem 25. Juni, dem Bundespräsidenten der Oesterreichischen Arbeiterhilfe zugestellt und ruft sich auf einen Geheißerlass aus dem Jahre 1867.

In der Geschichte des Kampfes gegen proletarische Organisationen ist dieses Vorgehen der oesterreichischen Behörden eines der beispiellosesten. Sind doch die Begründungen einfach an den Haaren herbeigezogen. Der eigentliche Verbotgrund liegt weitestgehend in der Tatsache, daß die Oesterreichische Arbeiterhilfe in den letzten Jahren eine Reihe von guten Solidaritätsaktionen durchgeführt hat. Neben der Unterstützung von wirtschaftlichen Kämpfen hat die Oesterreichische Arbeiterhilfe große Kinderhilfsaktionen und erst vor kurzer Zeit eine große Hungerkinderhilfsaktion in der Emerbololen in Graz durchgeführt. Die Mitgliederzahl beträgt zum überwiegenden Teil aus sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeitern. Es besteht kein Zweifel, daß die Auflösung der Oesterreichischen Arbeiterhilfe eine harte Klassenprotestwelle in ganz Oesterreich zur Folge haben wird, weil das Verbot für die Koalitionsfreiheit in Oesterreich von prinzipieller Bedeutung ist.

Regierung wird der vom Bundesminister unterzeichnete Auflösungsbescheid mit dem Hinweis, daß in dem Bundesstatuten an die Unterführer der Organisation vom Dezember 1931 diese aufgelöst werden, die Mitglieder nicht nur zu verfolgen, sondern ihre Arbeit zu verhindern, die Mitglieder nicht nur zu verfolgen, sondern ihre Arbeit zu verhindern, die Mitglieder nicht nur zu verfolgen, sondern ihre Arbeit zu verhindern.

Streiffront im belgischen Bergbau erweitert

20 000 Arbeiter im Kampf stehen, hat sich auf das Kohlenrevier „Portinaga“

Brüssel, 27. Juni. Der Streik im Kohlenrevier „Portinaga“, wo 20 000 Arbeiter im Kampf stehen, hat sich auf das Kohlenrevier von Charleroi ausgedehnt. In dieser Gegend streiken die Bergarbeiter der Gruben um Hicou-Perles und Font-de-Vaux. Die Streikfront hat sich in Chatellain ausgebreitet. Die reformistischen Führer haben sofort alles in Bewegung gesetzt, um eine weitere Ausdehnung des Streiks zu verhindern. Starke Polizeikräfte wurden in das Streifgebiet entsandt.

Das nationale Problem ist seit dem imperialistischen Weltkrieg ein neues Stadium getreten. Die Gewaltverträge von Versailles, im Jahre 1919, haben nicht nur keine Lösung des nationalen Problems gebracht, sondern eine Verschärfung. Die Völker sind bereits damals unterdrückten Völker und nationalen Minderheiten hat sich seitdem in tragischer Weise verschlimmert. Tag um Tag wird ihre Lage untragbarer. Dabei muß man bedenken, daß die unterdrückten Minderheiten gegenwärtig nicht als 40 Millionen Menschen in Europa um-

faßt werden können. Die tiefen Erregung und Empörung, die diese Massen durch den Krieg erlebt hat, einen Damm zu brechen, haben die Völker der Gewaltverträge in den Verträgen Kaufverträge zum Ausdruck gebracht, sondern eine Verschärfung. Die Völker der Unterdrückten haben Sonderabkommen geschlossen, und andere in feierlichen Proklamationen sich verpflichtet, die Rechte der unter ihrer Herrschaft stehenden Minderheiten zu wahren.

Die Beschwerden der unterdrückten Völker und nationalen Minderheiten, die noch immer den Glauben hegen, der Völkerbund werde ihre Rechte, die in den Kaufverträgen der Gewaltverträge verbürgt waren, verteidigen, hatte stets nur das Ziel, daß die Unterdrückten recht behielten. Die Völker der Unterdrückten wurde nicht einmal in die Völkerbund eingerechnet. Die verschiedenen Komitees, die in der Völkerbund eingerichtet wurde, dienen einzig dazu, die Interessen der Völker und nationalen Minderheiten von ihrem nationalen Kampfe abzulenken.

Die Liga gegen Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit, die ihren Kampf richtet gegen jede Form der Unterdrückung gegenüber den unterdrückten Völkern und nationalen Minderheiten, und die als Hauptforderung für diese Völker und nationalen Minderheiten aufstellt: Volle politische Unabhängigkeit, mit Einschluß der vollen Selbstbestimmung und Schutz gegen jede Form von nationaler Ausbeutung für die nationalen Minderheiten, die vertritt die Interessen der unterdrückten Völker und nationalen Minderheiten in Polen, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, Litauen, Ungarn, Griechenland, Italien, Frankreich, Belgien, Spanien, Großbritannien und anderen Orten, die von einer Handvoll Imperialisten der herrschenden Nationen

erhalten werden. Die Liga gegen Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit, die ihren Kampf richtet gegen jede Form der Unterdrückung gegenüber den unterdrückten Völkern und nationalen Minderheiten, und die als Hauptforderung für diese Völker und nationalen Minderheiten aufstellt: Volle politische Unabhängigkeit, mit Einschluß der vollen Selbstbestimmung und Schutz gegen jede Form von nationaler Ausbeutung für die nationalen Minderheiten, die vertritt die Interessen der unterdrückten Völker und nationalen Minderheiten in Polen, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, Litauen, Ungarn, Griechenland, Italien, Frankreich, Belgien, Spanien, Großbritannien und anderen Orten, die von einer Handvoll Imperialisten der herrschenden Nationen

Theodor Pilvler: Die Kaiser ging, die Generale blieben

Copyright by MJD-Verlag, Berlin.

II. Fortsetzung

Der Händermatrose ist auf einen Stuhl gestiegen, ein langer, schlanker Kerl, die graue Farbe der Schlägen im Gesicht. Er redet auf die Herumstehenden ein. Immer mehr stehen sie um den Tisch auf, Bonczyk und Schorsch kommen heran, auch Wenzel ist da.

„Das ist derselbe, der gestern...“ errikt Bonczyk.
„Was kann ja gar nichts hören!“
„Doch das Dreifach!“
„Verflucht noch mal, was ist los?“
„... Arbeiter und Soldaten, zusammenhalten! Die Werkstätten haben ihre Hilfe zugesagt. Die Versammlung findet statt. Es sollen uns durch keine Manöver abhalten. Um halb fünf auf dem großen Exerzierplatz...“

Die Tür wird aufgeschoben.
„Alarm!“ brüllt einer herein.
„Alarm!“ wiederholen die an der Tür.
Die an den Tischen springen auf.
„Da habt ihr's, gerade, wo's so gemütlich wird!“
„Wo ich heute abend meine Kleine bestell habe!“
„Aber was soll das bloß bedeuten, das gibt's doch gar nicht mehr!“
„Das III. Geschwader soll wieder auslaufen!“

Endlich hört das Dreifach auf zu spielen auf. Die Stimme des Händermatrosen dringt laut durch den Raum: „Ich will euch erklären, was das bedeuten soll! Die Offiziere haben Wind von der Versammlung bekommen, und die wollen sie verhindern! Aber darauf lassen wir uns nicht ein! Wir haben uns nicht vor dem Trommelfeuer in Händermatrosen geschütert. Wir werden uns auch nicht von einer Hand voll Offiziere hänge machen lassen! Wir

demonstrieren für die Freilassung unserer Kameraden! Hand hoch, wer mitgeht!“
Keine einzelne Hand bleibt unten.
Der Saal bröht von den Rufen:
„Raus die Gelangenen!“
„Auf nach dem Exer!“
„Doch der Friede!“

Ein Trommelwirbel, ein Trommetensignal. Eine Patrouille des Seebataillons taucht vor der Tür des „Reichspennig“ auf. Der Führer der Patrouille ruft hinein:
„Au aber los, fikt ihr denn auf den Obren? Es ist Alarm! Gewissen. Alles was in die Kasernen gehört, in die Kasernen! Und was auf die Schiffe gehört, auf die Schiffe!“

Die Matrosen stehen widerwillig auf. Sie lachen ihre Mühen und Bantel und langen an, zu bezahlen. Die Patrouille wartet nur, bis die ersten anfangen herauszukommen, dann marschieren sie weiter.
Der Händermatrose hat sich an der Tür aufgestellt:
„Niemand geht in die Kasernen! Niemand geht auf die Schiffe! Wir demonstrieren!“
„Zur Versammlung!“
„Nach dem Exer!“
„Nach dem Exer!“

Wir marschieren nach dem Exerzierplatz, aber nicht geschlossen, so kommen wir nicht durch. Einzelne und zu zweien ist es schmerzlicher, und am Viehburger Gehölz treffen wir uns alle!“
Der Händermatrosen sucht einige Leute heraus, die er mit der Parole durch die anderen Anreißer führt. Schorsch und Bonczyk gehen in die Stadt zurück. Sie springen auf eine vorbeifahrende Straßenbahn in der Richtung Döblerndorf auf. An den Landungsbrücken steigen sie aus und stellen sich den auf die Schiffe zurückkehrenden Matrosen entgegen:
„Nicht auf die Schiffe, wir demonstrieren!“
„Für die Freilassung der Gelangenen!“
„Wir treffen uns alle im Viehburger Gehölz!“
„Wer trifft sich?“
„Alle — die halben Besatzungen sind schon da! Und die aus der Garnison auch!“
„Dann gehen wir auch nicht an Bord!“
„Das Geschwader soll auslaufen!“
„Dann gehen wir nachher da!“

„Dann sind wir die Tummeln!“
„Leberhaupt, dieser jämliche Alarm, wo der Krieg sowieso verloren ist!“
„Auf, nach dem Viehburger Gehölz!“
Einzelne Trupps machen fecht. Sie fangen die ihnen entgegenkommenden Heizer und Matrosen auf, werden immer zahlreicher und größer. Bald haben sie auf den Bürgersteigen keinen Platz mehr und formieren sich zu Parichkolonnen. Aus den Nebenstraßen hört man die Klartrommel, doch das Signal verfliegt nicht mehr.
Schorsch führt einen der Jüge an.
Neben ihm läuft Bonczyk.
Der Zug erreicht die Stadtgrenze. Der Exerzierplatz mit dem Viehburger Gehölz gleicht einem weiten Feld von blauen Blüten. Die Wälder liegen dichtgedrängt vom Gehölz bis zum Tengelal Waldwiese.“

Der Händermatrose hält eine Ansprache.
Schorsch und Bonczyk versuchen sich so weit wie möglich vorzubringen. Der Händermatrose macht einem anderen Sprecher Platz.
Das ist auch ein Matrose, er hält eine Zeitung in der Hand:
„Ich habe hier die ‚Leipziger Volkszeitung‘ mitgebracht. Da steht ein Artikel drin über unsere Kameraden von 1917. Hört mal zu, — ich werde vorlesen!“
Und er liest den Artikel vor.
Nach ihm steht ein Zivilist auf der kleinen Anhöhe, die zur Tribüne geworden ist.
„Kameraden, Parteigenossen...“ beginnt er. Ein geübter Redner, aber er wird von allen Seiten unterbrochen.
„Wer ist denn das?“
„Das ist doch Garbe!“
„Der Gewerkschaftsvoorkämpfer.“
„... darum, Kameraden und Genossen, fordere ich euch auf, mit eurer Bewegung noch ein bis zwei Tage zu warten, und dann werden wir gemeinsam, machtlos und kraftlos...“
Ein wildes Geplätsch setzt ein.
„Schlag!“
„Aufhören!“
„Wir warten nicht mehr!“

RUNDFUNK

Freitag, den 24. Juni

Königsbrunn
 6.00 Königsbrunn, 10.00 Königsbrunn, 12.00 Königsbrunn, 14.00 Königsbrunn, 16.00 Königsbrunn, 18.00 Königsbrunn, 20.00 Königsbrunn, 22.00 Königsbrunn, 24.00 Königsbrunn, 26.00 Königsbrunn, 28.00 Königsbrunn, 30.00 Königsbrunn, 32.00 Königsbrunn, 34.00 Königsbrunn, 36.00 Königsbrunn, 38.00 Königsbrunn, 40.00 Königsbrunn, 42.00 Königsbrunn, 44.00 Königsbrunn, 46.00 Königsbrunn, 48.00 Königsbrunn, 50.00 Königsbrunn, 52.00 Königsbrunn, 54.00 Königsbrunn, 56.00 Königsbrunn, 58.00 Königsbrunn, 60.00 Königsbrunn, 62.00 Königsbrunn, 64.00 Königsbrunn, 66.00 Königsbrunn, 68.00 Königsbrunn, 70.00 Königsbrunn, 72.00 Königsbrunn, 74.00 Königsbrunn, 76.00 Königsbrunn, 78.00 Königsbrunn, 80.00 Königsbrunn, 82.00 Königsbrunn, 84.00 Königsbrunn, 86.00 Königsbrunn, 88.00 Königsbrunn, 90.00 Königsbrunn, 92.00 Königsbrunn, 94.00 Königsbrunn, 96.00 Königsbrunn, 98.00 Königsbrunn, 100.00 Königsbrunn

Wiesbaden
 6.00 Wiesbaden, 10.00 Wiesbaden, 12.00 Wiesbaden, 14.00 Wiesbaden, 16.00 Wiesbaden, 18.00 Wiesbaden, 20.00 Wiesbaden, 22.00 Wiesbaden, 24.00 Wiesbaden, 26.00 Wiesbaden, 28.00 Wiesbaden, 30.00 Wiesbaden, 32.00 Wiesbaden, 34.00 Wiesbaden, 36.00 Wiesbaden, 38.00 Wiesbaden, 40.00 Wiesbaden, 42.00 Wiesbaden, 44.00 Wiesbaden, 46.00 Wiesbaden, 48.00 Wiesbaden, 50.00 Wiesbaden, 52.00 Wiesbaden, 54.00 Wiesbaden, 56.00 Wiesbaden, 58.00 Wiesbaden, 60.00 Wiesbaden, 62.00 Wiesbaden, 64.00 Wiesbaden, 66.00 Wiesbaden, 68.00 Wiesbaden, 70.00 Wiesbaden, 72.00 Wiesbaden, 74.00 Wiesbaden, 76.00 Wiesbaden, 78.00 Wiesbaden, 80.00 Wiesbaden, 82.00 Wiesbaden, 84.00 Wiesbaden, 86.00 Wiesbaden, 88.00 Wiesbaden, 90.00 Wiesbaden, 92.00 Wiesbaden, 94.00 Wiesbaden, 96.00 Wiesbaden, 98.00 Wiesbaden, 100.00 Wiesbaden

Wuppertal
 6.00 Wuppertal, 10.00 Wuppertal, 12.00 Wuppertal, 14.00 Wuppertal, 16.00 Wuppertal, 18.00 Wuppertal, 20.00 Wuppertal, 22.00 Wuppertal, 24.00 Wuppertal, 26.00 Wuppertal, 28.00 Wuppertal, 30.00 Wuppertal, 32.00 Wuppertal, 34.00 Wuppertal, 36.00 Wuppertal, 38.00 Wuppertal, 40.00 Wuppertal, 42.00 Wuppertal, 44.00 Wuppertal, 46.00 Wuppertal, 48.00 Wuppertal, 50.00 Wuppertal, 52.00 Wuppertal, 54.00 Wuppertal, 56.00 Wuppertal, 58.00 Wuppertal, 60.00 Wuppertal, 62.00 Wuppertal, 64.00 Wuppertal, 66.00 Wuppertal, 68.00 Wuppertal, 70.00 Wuppertal, 72.00 Wuppertal, 74.00 Wuppertal, 76.00 Wuppertal, 78.00 Wuppertal, 80.00 Wuppertal, 82.00 Wuppertal, 84.00 Wuppertal, 86.00 Wuppertal, 88.00 Wuppertal, 90.00 Wuppertal, 92.00 Wuppertal, 94.00 Wuppertal, 96.00 Wuppertal, 98.00 Wuppertal, 100.00 Wuppertal

Warum
 willst du nicht die für dich als Käufer einfachste Pflicht erfüllen und auf die Arbeiterstimme hinweisen?

F Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in Ostsachsen F

Zschieren Wax Kluge, Eldstraße 5 Niederschlitz-Luga Gasthof Groß-Luga Niederschlitz Hermann Wehle & Co. E. SENF Schüler's Spielwaren Zschachwitz Biergroßhandlung Wax Dohna Moltererprodukte Schuh-Feppe Otto Trobisch Heidenau Juno Regel Haus- und Küchengeräte Otto Grohmann Reserviert Str. 1 Lindner's Eisenhandlung Ella Kohhardt Grohmann's Bäckerei Freital-Döhlen Central-Apotheke Foto-Farben Martin Uhlmann Rabenau Freital-Weißig	Coswig Lederhandlung Liebe Molkerei Benno Kleber Reserviert Große Auswahl in verpackt Qualitätsmöbel Coswiger Fischhalle Radebeul Möbel in allen Preislagen Bäckerei Konditorei Café Besucht das Union-Theater Kolonialwaren / Feinkost Molkerei F. Burkhardt Reserviert Burgk b. Dresden Kötzschenbroda Reformhaus Benno Winkler Reserviert 10 H. Heide- und Wurstwaren Reserviert 15 Ar-Ni-Lichtspiele H. Fleisch- u. Wurstwaren	Neusalza-Spremberg Reserviert Kathol. "Heiner Baum" H. Heide- und Wurstwaren Herren, Damen, Kinder- und Mädchen-Modelliererei F. Sonntag Oppach Kolonial- und Wurstwaren Cunewalde Lobau Bautzen Beerwalde Gasthof Beerwalde Kamenz Eugen Martin Zigarrenhaus Hauswalde Otto Herrmann Brot- und Weibäckerei Weinbohra Otto Freimuth, Lebensmittel Paul Zahn Kauft beim Inzerenten! Café "Weidengarten" Lebensmittel Wurdeperm. Capes Dippoldiswalde Paul Wenzel	Brettnig Trinkt BIERE Eisenwarenhandlung Kunath M. Warner Trinkt Großröhrsdorfer Biere Arno Schöne Wolthaus Ewald Senf Inzerenten bringt Erfolg Arno SchoBig Radeberg Julius Puschwitz Wladimir Metropol Schuhhaus Fiedler Textil-Wagner Götte "Cra" Konfektionshaus Rudolf Deberer Bernhard Schöne Spezialgeschäft für Fein- u. Seidliche Feinkost, Konserven Klein das Inzerent, aber groß d. Zahl der Leser Damen- und Herren-Fraiser-Salons Freital-Deuben Restaurant Alte Post Anna Wendel Freitaler Schokoladen Haus Freiberg Spezialgeschäft für Fein- u. Seidliche Feinkost Spezialhandlung Hans Goitwald Kauft Bar's-Schuhe Tharandt Paul Wenzel Felix Patzold
---	---	--	---

Beratung des Dresdner Hungeretats vertagt

Kommunistische Vorläufe gegen Kürzung der Unterhaltungen für Kinder, gegen Arbeiterentlassungen, für verbilligte Straßenbahnfahrten an Erwerbslose. Abrechnung mit SPD-Dezernenten Kirchhof und der Demagogie der Systemfäden von den Nazis bis SPD

In der gestern abend stattgefundenen Sitzung sollte der Haushaltsplan der Stadt Dresden für 1932 beraten werden. Ganze 45 Minuten hatte der sozialdemokratisch-bürgerliche Vorstand den Gruppen für ihre Redner zur Generalausprache zugebilligt. Diese große Einheitsfront von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten hat die Diskussion über diesen Hungeretat, derhalb soll er mit schändlichen Methoden verabschiedet werden. Eine Einzelberatung sollte gänzlich wegfallen. Selbst diese Methode der Erledigung wird von diesem schuldbeladenen Gremium geschildert. Der Vorsteher verkündete plötzlich bei Eintritt in die Tagesordnung, daß der Etat nochmals abgelehnt werden müsse. Die Beratung soll nunmehr am kommenden Montag, dem 4. Juli, stattfinden. Sicher soll er dort nach dem erstgenannten Vorschlag durchgepeitscht werden. Im Anschluß daran beabsichtigen die Stadtverordneten in die Ferien zu gehen. Der Rat kann dann mit den Beschlüssen machen, was ihm gut dünkt. Die Mehrheit wird ihm dabei bestimmt nicht fehlen. Die kommunistische Fraktion hat zum Etat gegen 40 Anträge gestellt, die wir in den nächsten Tagen veröffentlichen werden. Die KPD wird durch ihren Redner den Klassencharakter dieses Etats rückfalschlos aufzeigen und die im Interesse der Werktätigen liegenden Anträge begründen. Die Behandlung der übrigen noch vorhandenen Tagesordnungspunkte ergab die Annahme einer Reihe von kommunistischen Anträgen, für die aus wahlkräftigen Gründen teilweise auch die SPD und die Nazis stimmten. Die Durchführung durch den Rat steht allerdings auf einem anderen Blatt Papier. Sie kann nicht parlamentarisch, sondern durch die Werktätigen nur im außerparlamentarischen Kampf erzwungen werden. Vertiefung der antifaschistischen Front zur antifaschistischen Aktion sichert die Anerkennung der Forderungen aller Werktätigen.

Nach Erledigung der Wahlen zum Ferienausflug, in dem die KPD durch Genossen M. Schneider vertreten sein wird, wurden eine Reihe belangreicher Punkte ohne Debatte erledigt. Gegen die Stimmen der KPD stimmte die große Einheitsfront von den Nazis bis zu Koch für einen Zuschuß in Höhe von 760 000 Mark an die Staatstheater. Nur die KPD stimmte gegen diesen Zuschuß. Zur diesbezüglichen Handlung, Nazis wie SPD und Zentrum, eine offene Hand. Wegen der Kleinrenten ohne Zuschuß, hier haben sie stets Geld übrig. Die SPD wie Nazis sollten sich diese Stellung ihrer Zuhörer sehr gut merken. Auf Grund eines kommunistischen Antrages, in dem gefordert wird:

- Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, a) seinen Beschluß, bezügl. die Zusammenlegung der Mutterberatungsstellen, sofort wieder aufzuheben, b) die Pflegegelder für Kinder lebiger Mütter nicht zu beschränken.
- wurde nach Vorschlag des Ausschusses, daß dieser Antrag zur Beratung vorgelegt habe, beschließen: Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, a) die Mutterberatungsstelle Tschicholoff sofort und die übrigen drei Beratungsstellen spätestens am 1. September 1932 wieder zu öffnen, b) Pflegegelder nur in den Fällen der eigenen Mutter zurückzugeben, wo durch Prüfung gute Wohnungsverhältnisse und gute Pflege gewährleistet sind, c) den bisher bezahlten Pflegegeldern auch der Kindesmutter weiterzugeben.

KPD für die Wohnungslosen

In einem weiteren Antrag hatte die KPD gefordert: Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, a) allen exmilitierten und von Exmilitierten bedrohten Familien unerschwerlich Wohnung zu vermitteln, b) in städtischen Wohnungen und im städtischen Obdachraum Wohnungen nur bei Erstellung entsprechender Ertragsräume auszugeben und keine Zwangsraumvermietungen vorzunehmen, c) alle leerstehenden Wohnungen für Wohnungslöse, insbesondere Exmilitierte oder von Obdachlosigkeit Bedrohte, zu beschlagnahmen.

Dem Antrag wurde vorgeschlagen und vom Plenum entsprechend beschlossen: Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, a) für idemilitierte Unterbringung exmilitierter und von Exmilitierten bedrohter Familien bemüht zu sein, b) in städtischen Wohnungen und im städtischen Obdachraum Zwangsraumvermietungen nur bei Erstellung von Ertragsraum vorzunehmen, c) von der Möglichkeit des Abschlusses von Zwangsmietverträgen weitestgehend Gebrauch zu machen, d) alle Dienststellen anzuweisen, für den Fall geplanter Teilung von Großwohnungen in Hinblick auf die Notwendigkeit möglicher Erleichterungen zu bemühen (Hauspolizei, Wohnungsamt, Dresdner Werke, Feuerpolizei usw.).

KPD für die Erwerbslosen

In einem weiteren Antrag hatte die kommunistische Fraktion die Einrichtung von Stempelstellen in allen Dresdner Stadtteilen gefordert. Dieser Antrag entsprach auch einer Forderung der Erwerbslosen. Das Rat hatte abgelehnt. Der Ausschuss hatte ein nichtbefriedigendes Gutachten vorgelegt. Genosse Schraube hatte demgegenüber beantragt, die Forderung der Erwerbslosen zum Beschluß zu erheben. Die große Einheitsfront lehnte diesen Antrag entsprechend dem Wunsch des Rates ab.

KPD für verbilligte Straßenbahnbenutzung für alle Erwerbslosen

Am Freitag war ein kommunistischer Antrag angenommen worden, in dem gefordert wurde: Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, a) allen Erwerbslosen, welche zwecks Arbeitsvermittlung das Arbeitsamt besuchen (auch den Erwerbslosen, welche keine Unterhaltung erhalten), die verbilligten Straßenbahnfahrtscheine zu gewähren, b) die verbilligten Straßenbahnfahrtscheine wie die allgemeinen Fahrtscheine (also zu allen Tageszeiten) gelten zu lassen.

Vom Reichertskammer des Ausschusses war die Ablehnung entsprechend dem Vorbericht der Straßenbahnstrecktion und des Verwaltungsrates vorgelegt worden. Genosse Labe zeigte nochmals die Notwendigkeit der Annahme dieses Antrages auf und beantragte erneut diesen Antrag aufrechtzuerhalten. Der Verwaltungsrat der Straßenbahn wird sich aus dem Beschluß der Stadtverordneten natürlich verdammt wenig machen. Diese Antragsteller müssen die Erwerbslosen ihre Rechte geltend machen. **Stegen Arbeiterentlassungen der Straßenreinigung** und damit gegen Verschlechterung der Hygiene in Dresden hatte ein Antrag gerichtet, der bereits im Dezember 1931 angenommen worden und in dem die Wiedererrichtung der entlassenen

der herrschenden Klasse. Die Nationalsozialisten haben sich den Terror auf der Straße mit der Isolierung des Kabinetts von Papen geschickt. Er weist auf den unaufhaltsamen sozialistischen Aufbau der Sowjetunion hin. Der Antrag wird zum Beschluß erhoben.

Die kommunistische Fraktion hatte sich in der letzten Sitzung mit einem Antrag gegen die Unterhaltungsleistungen in der Fürstliche gewandt. Dieser Antrag wurde angenommen. Die Hauptpunkte waren von der SPD und den Nazis abgelehnt worden. Gestern hatte nun die SPD einen Antrag gestellt, in dem sie sich gleichfalls gegen die Unterhaltungen der Rotterordnungen wandte. Dieser Antrag trat wirkungslos Genosse M. Schneider entgegen. Er wies die Entwicklung der Rotterordnungen politisch in Dresden, ferner die Schuld der SPD, was Papen heute tut, in die Richtung der von der SPD trüber tolerierten Rotterordnungsleistungen hin.

Die Rotterordnungen der Kapenerregierung sind eine Kriegserklärung an das wertvolle Volk. Systematisch wird der Rest der Sozialversicherung verschlungen. Die Finanzierung des Wohlfahrtsapparates wird noch viel verärfert als bisher auf Kosten der Arbeiterklasse durchgeführt. Das Gehalt der Stunde ist, Einheitslohn gegen den Nationalismus in Betrieben und auf den Stempelstellen, härteste antifaschistische Aktion gegen den Terror.

Der Antrag wird ebenfalls angenommen.

Neue Rotterordnungen! Neuer Rentenabbau! Neuer Weltkrieg droht!

Genosse Hans Neuhof und Redakteur Arndt, Dresden, sprechen am Mittwoch, dem 29. Juni, 20 Uhr, im „Schwarzen Koh“, Ottenberg-Drift, Jede Familie wird vom Abbau betroffen. Holt euch Kautzmann! Unkostenbeitrag 10 Pf.

Folgender Antrag unserer Fraktion geht noch einmal zur Rat nach dem Finanzausflug:

Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, für 1932 die Mittel für ausreichende Vermittlungsfreiheit und Schulpflicht für alle Kinder der Erwerbslosen, Arbeiter und sonstigen Unterhaltungslosen zu stellen, um der seit 1928 geteilten Erwerbslosigkeit und der daraus folgenden Verelendung der Kinder Rechnung zu tragen.

Schon vor langer Zeit ist der Antrag gestellt, doch bei man es verstanden, die Mittel dafür nicht im Haushaltsplan zu berücksichtigen. 40 000 Mark für den jugendliche Kind ist kein Geld da. Das ist der wohnungstüchtige Kreislauf der kapitalistischen Welt.

Genosse Neuhof wendet sich gegen die Schließung von Schulpflichterheimen. Im Jahre 1929 hatte man noch 22 Heime, 1930 18 Heime, 1931 7 Heime und 1932 ganze 2 Heime. Ein zehntes Abwärtsgehen der Gesundheitspolitik für das proletarische Kind. Wir Kommunisten verlangen energisch Abhilfe, wir stellen ein Beispiel der Sowjetunion, was man bei statuarischer Schonung aus dem proletarischen Kind machen kann, wir verlangen, daß die Heime wieder geöffnet werden.

Die Genossin Gonsauge behandelt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, a) den Erziehungsbeitrag für Kinder der Erwerbslosen und sonstigen Unterhaltungslosen von 13 Mark wieder auf mindestens 16 Mark zu erhöhen, b) alle Maßnahmen gegen die Eltern, die ihre Kinder solange bei Abzug nicht zur Schule schicken, wieder zurückzuführen.

Die Parteien von der SPD bis zur KPD verweisen diesen Antrag, der den Eltern und den proletarischen Schulpflichterheimen helfen soll, an den Finanzausflug. Das ist ihre ganze Hilfe. Aber die erwerbslosen Eltern werden die notwendige Konsequenz ziehen.

Genie mag gegen die Kapenerregierung mit anderen Methoden gekämpft werden, nicht nur mit leeren Protesten, Uebertreibungen, in allen Betrieben, auf allen Stempelstellen, in allen Häusern müssen Kampfschritte zur antifaschistischen Aktion ergriffen. Unsere Antwort: Gegen faschistischen Terror — antifaschistische Massenaktion!

Stühlerbetriebe infolge Viebesummers

In die Stühlerbetriebe des Reuen Karthauses melde ich ein etwa 15jähriger Mann und gab dem Kassieren an, er habe einen Selbstmord verübt, indem er 40 Tabletten Caminal zu sich genommen habe. Er verfiel auch alsbald in einen schwerer Muskulösen Zustand, so daß keine sofortige Überführung ins Städtischen Krankenhaus Löhlaue Straße angestrebt wurde. Jan und Streifgassen sollen ihn dazu getrieben haben.

Gekürzte Spielerei

Am Montag gegen 22 Uhr fuhr ein etwa 15jähriger höherer Schüler aus reinem Uebermut freibändig mit seinem Rad, von Schick kommend, die Heile Straße Blauenicher Ring betrad, als er plötzlich in der großen S-Kurve über ein kleines Hindernis fuhr, wodurch sein Rad aus der Richtung kam und er in lauten Tempo mit dem Rad die dortige Höhe, mit gros beschwermte Richtung hinabstürzte. Das Rad ging in Trümmer, während der Schüler nur leichtere Verletzungen davontrug.

Keine Richtigere, Bauernschalen, Papier usw. auf die Straße werfen! Kaum werden die ersten Kinder heilgeboten, und schon liegen auf den Straßen und Plätzen herumliegende Bauernschalen nicht nur auf Straßen und Plätzen herumliegen. Die achlos weggepackten Kerne und Schalen bilden für die Straßengänger, insbesondere für alle und gebrechliche Personen, eine große Gefahr, und gar mancher muß wadenlang auf dem Kantenlager und schuldigerweise biegen für die Schädlichkeit seiner taufstolzen Ritten. Uebe deshalb jeder sofort Selbstschutz, das Begreifen von Richtigere auf der Straße als eine Hälfte anzufassen, die unbedingt zu entfernen ist. Insbesondere sollten Eltern und Erzieher vorbildlich und aufklärend auf die Jugend einwirken.

Wir tragen nicht Treuen nicht Achselstücke.
Wir zeigen die Verbundenheit der Werktätigen im antifaschistischen Kampf durch das Tragen der Antifaschistischen Plakette Preis 10 Pf.

teilt sind. Wie gewöhnlich ist für alles Geld da (Klugsport), nur nicht für die Erwerbslosen, die irgendeine kleine Vergütung erwarten. Von der kommunistischen Fraktion wird der Mittelhandwerker Rausch zurückgewiesen. Auch der kleine Handwerker muß, um sich auszuhalten, den Weg zum revolutionären Proletariat finden. Der Antrag wird zum Beschluß erhoben und der Oberbürgermeister Kutz bekommt die besten Schube von Genossin Gonsauge geschickt.

Eine petische Geldscheide palliert der SPD mit ihrem Antrag, monach das Kollegium beschließen soll, beim Arbeits- und Wohlfahrtsministerium nachfragen zu werden, daß die Beitimmung geändert wird, monach Arbeitsunterstützungempfänger nur dann laufende Beihilfen vom Arbeitsamt erhalten können, wenn ihre Arbeitsunterstützung unter der Dreiermittelbedingung der Sätze der allgemeinen Fürsorge liegt.

Dieser Antrag ist eigentlich ganz zwecklos, lagen die Kreunde der Antragstellerin, und die SPD verliert diesen ihren eigenen Antrag auf Monate hinaus zu verhängen, im Einvernehmen mit Herrn Kutz natürlich.

Genosse Gabel führt dazu aus, daß Kutz auf dem Sachlichen Gemeinderat wohlwollend der Stadtrregierung, die von der SPD toleriert wird, den „Abbau wegnehmen“. Die SPD wurde durch die KPD abgelehnt, aber beide Parteien sind die Stützen

Wettbewerb Dresden-Smolensk

Zelle Eltwerk voran!
Im Sonderwettbewerb der Zelle Eltwerk mit dem Stadtteil 11 meldet Eltwerk das Gesamtergebnis:

- Ziel: 7 Parteimitglieder, gewonnen 9
- Ziel: 6 Leser der Arbeiterstimme, gewonnen 6
- Ziel: 15 Rote Heller, gewonnen 20
- Ziel: 35 Volksecholleer, gewonnen 39

Wo bleiben die Ergebnisse vom Stadtteil 11?
Stadtteil 5 meldet:

- Gründung einer Gutzelle von 5 Mann, 4 Parteiaufnahmen (Betriebsarbeiter).

Stadtteil 10 meldet:
Gründung einer neuen Betriebszelle.

Für Reise und Wanderungen: Chlorodont
Hitze und Staub erschaffen den Körper besonders beim Reisen und Wandern. Eine kräftige Mundspülung mit dem herrlich erfrischenden Chlorodont-Mundwasser und eine gründliche Zahnreinigung mit Chlorodont-Zahnpaste wirken wohltuend, verschaffen das Gefühl der Sauberkeit und immer schöne weiße und gesunde Zähne

So steht unsere Versammlungs-Front

Aufmarsch der Antifaschistischen Aktion in Freital

Am Sonntag marschierten in Freital die Arbeiter und Arbeiterinnen auf gegen Hitlerfaschismus, gegen die faschistische Regierung, gegen Hunger, für die antifaschistische Aktion. Über 100 Arbeiter und Arbeiterinnen marschierten in mitternächtlicher Tätigkeit drei Stunden lang durch Freital, Gitterler, Burg, Der Aufmarsch war ein gemeinsamer Aufmarsch der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen. Die Demonstranten marschierten unter den Slogans: „Nieder mit den Verbotsplänen der herrschenden Klasse gegen die KPD!“, „Die rote proletarische Einheitsfront schlägt den Faschismus!“, „Scharr euch um die kommunistische Partei!“, „Für die Frauen, gegen die Nazis!“, „Wahl 1933!“, „Jahreslange Vorkämpfer werden umgeleitet. Die Arbeiter Freital werden weiter vorwärtschreiten zur antifaschistischen Aktion gegen Kohn und Unterhütungsgrub.“

In der Oberlausitz

Die Sammlung zur Antifaschistischen Aktion, in der die kommunistische Partei in ganz Deutschland auftritt, hat auch in der Oberlausitz ein machtvolles Echo gefunden. In allen Orten der Oberlausitz marschierten am Sonntag und Montag die antifaschistischen Brigaden.

In Radebeul beteiligten sich an der Demonstration und an der Arbeitslosensammlung rund 1200 Arbeiter. Viele der Arbeiter waren im Zuge zu leben. Die am gleichen Abend stattfindenden Aufmärsche der Nazis und des Reichsbanners konnten zahlenmäßig die antifaschistische Demonstration nicht einmal erreichen. Am gleichen Abend fanden Demonstrationen statt in Wilschdorf, Oberlausitz, Oberbach und an anderen Orten, die alle eine heftige Beteiligung aufwiesen.

In Bannwitz

(Arbeiterkorrespondenz 711) Bannwitz, am Donnerstag, dem 23. Juni, fand von den Antifaschistischen Bannwitz-Parteien eine öffentliche Versammlung gegen Faschismus. Tausende Teilnehmer nahmen daran teil.

Sammlung gegen Faschismus, Tötungsmaßnahmen der Polen-Schleier-Reaktion und Notverordnungspolitik (Hans Gensche Weidhorn, KPD), stellte vor etwa 500 Personen den Kurs der KPD dar, was Zentrum und der Führer der KPD. Ein großer Teil der KPD und parteiloser Arbeiter war mit den Ausführungen einverstanden.

In die Front gegen den Faschismus schritten sich 110 Personen ein. Das ist das Zeichen, das endlich zeigen gemacht werden muß mit der nächsten Phase gegen die KPD.

Eine Resolution für die Antifaschistische Aktion wurde angenommen.

Versammlungen der Antifaschistischen Aktion

Dienstag, den 28. Juni: Großpostwitz, 9 Uhr, Hilfe, Erwerbsl.-Versamml., Haubold Bertsdorf, 20 Uhr, Strauß, Heilig

Mittwoch, den 29. Juni: Bernstadt, 16 Uhr, Schützenhaus, Betriebsvers., Heitschke Bautzen, 20 Uhr, Drei Linden, Heilig

Donnerstag, den 30. Juni: Großpostwitz, 11 Uhr, Hilfe, Erwerbsloservers., Hühner Neukirch, 15 Uhr, Hofgericht, Erwerbsloservers., Rudolf Neugersdorf, 20 Uhr, Stadt Zittau, BL

Freitag, den 1. Juli: Rammesau, 20 Uhr, Fohrgelch, Richter, Lobau, 17 Uhr, Markt, Erwerbsl.-Kundgebung, Heitschke Heidenau, 14 Uhr, Kanone, Kennerversamml., UBL, Buschhofwerder, 20 Uhr, Schützenhaus, UBL, Großheinersdorf, 20 Uhr, Gasthof, Heilig, Puschwitz, 20 Uhr, Palmbaum, Landesversammlung, UBL

Samstag, den 2. Juli: Lobau, 20 Uhr, Wettiner Hof, Offentl. III-Versammlung, IB Luga, 20 Uhr, Gasthof, Landesversammlung, UBL

Werktätige, marschieren in Massen

Heraus aus der Kirche!

Für einen „Gottesdienst“ 22 Mark pro Tag. Für eine Familie mit Frau und Kind 22 Mark für anderthalb Wochen zum Leben.

Was folgt uns die Kirche? Die evangelische Kirche hat in Sachsen Anfang 1932 1214 Geistliche. Für die Erhaltung dieser Geistlichen hat der Staat bisher jährlich

330 000 Mark (Dreihundertsechzigtausend Mark) der Kirche gezahlt!

Nach dem jetzt zwischen der Schiedsregierung und der Kirche auf Grund des Vergleichsentscheidungs des Staatsgerichtshofes abgeschlossenen Konkordats, das nach der Genehmigung des Landtages besteht, erhält die Kirche abermals

„Eine Million 116 800 Mark.

Dazu erhält die Kirche 111 300 Mark für die Kirchendienstleistungen, 211 000 Mark für das Konvikorium des Landes, 29 500 Mark für das Konvikorium Bautzen, 30 000 Mark für die Landeskolonien, 76 100 Mark für den Superintendenten, 325 000 Mark für wegefallene Stützgebühren, für geistliche Betriebsbesuchen, für den Gottesdienst in der weitehliche in Dresden, für Sitzungen, 2 000 000 Mark zusammen.

Dies sind 716 800 Mark mehr als im Jahre 1931. Außerdem erhält sie für die Zeit vom 1. 7. 1932 bis 30. 9. 1933 einen Betrag von 3 Millionen die in Vierteljahresraten von 200 000 Mark zu zahlen sind. Das hat für 1932 600 000 Mark. Für 1933 erhält die Kirche also gegenüber 1931 ein Mehr von 1 716 800 Mark.

Aus Kircheneinnahmen usw. hatte die Kirche 1931 einen Haushaltplan von 7 286 300 Mark.

Der jährlichen Bevölkerung, die nahezu alle unter der Kirche so leidet, von der 80 Prozent Unterhaltungsempfänger sind, wer-

den also rund 10 Millionen entzogen. Wohin? In welchen Zweck?

Dafür, daß es Geistliche gibt mit einem Gehalt von 630 RM, mit einem Taschengeld von 22 Mark

während eine Familie mit Frau und Kind damit als Unterhaltungsempfänger anderthalb Wochen leben muß. Dafür, daß 1214 Geistliche Tag für Tag und Woche für Woche predigen gegen die Sozialisten, gegen die proletarischen Revolutionäre, für den Krieg gegen die Sozialisten, für den Faschismus, für das Entzücken von Hunger und Elend, für den Kapitalismus, gegen den Sozialismus.

Für jeden Arbeiter, der noch der Kirche angehört, kann es nur eine Antwort geben:

Heraus aus der Kirche! Wie teilt man aus?

Die Bourgeoisie hat den Verbotsproletarischer Arbeiter verboten, nicht zu einem geringen Teil deshalb, weil die Kirchenaustrittsbewegung in den letzten Jahren immer heftiger geworden ist.

In Weipzig sind nach einer Volkszählung vom 9. 7. 1928 bis dahin von 679 159 Einwohnern 94 762 aus der Kirche ausgetreten. Von 1929 bis 1932, gleich 4 Jahre, werden pro Jahr etwa 10 000 bis 12 000 ausgetreten sein. In das hat jetzt schon 100 000 Einwohner mindestens 10 000 der Kirche den Rücken gekehrt haben. Das sind 20 Prozent der Weipziger Bevölkerung.

Dah die Herren Vorahren der einer solchen Massenabkehr Jeter und Werdio schreiben, ist klar. Ihre Interessen werden sehr wesentlich berührt.

Die Antwort des Proletariats auf das Verbot, auf die nicht drohende Heere gegen die Sozialisten in den Kirchenblättern, auf die Verbotspläne aller Eingabmaßnahmen der herrschenden Klasse mag eine neue Welle des Massenaustritts sein.

Wie vollzieht man den Austritt?

Mit allen Mitteln verlißt die herrschende Klasse den Austritt zu erschweren. Sie legt die Austrittsform in die Arbeitslosigkeit, so daß Arbeitende sich Urlaub nehmen und Arbeitsdienstverpflichtung in Kauf nehmen müssen. Sie legt auch nach Austritt noch Kirchensteuern zahlen. Die Antwort lautet: Man geht recht!

Was ist zu beachten?

1. Du gehst auf das Standesamt deines Wohnortes oder Stadtteiles und gibst dort deine Austrittserklärung im Protokoll. Du nimmst die Geburtsurkunde oder Familienbuch mit. Gebühren werden nicht erhoben.
2. Die Austrittsform ist die normale Form der Standesämter.
3. Eltern können für ihre Kinder bis zum vollsten Lebensjahre den Austritt erklären, wobei nach dem Gesetz für relative Kindererziehung beide Eltern im Einverständnis erklären müssen.

Das Kirchensteuerjahr beginnt am 1. April. Wenn du im August austrittst, hast du trotzdem für 6 Monate zu bezahlen. Kommt ein Steuerbehold, nicht du in einer Frist von einem Monat Einpruch erheben.

Nun aber schnell zum Standesamt und raus aus der Kirche! Kirchenaustritts-Komitee

Arbeitsdienstpflicht

In einer Vorlage der Nazis heißt es:

„Wer einen Arbeitsdienstpflichtigen aufreißt, eine Widerstandlichkeit, Scherenschnitzerei, Weuzerei, Werkbeschädigung oder Sabotage zu begehen, wird mit Zuchthaus bestraft.“

Das ist deutlich genug! Nur die kommunistische Presse kämpft gegen die Arbeitsdienstpflicht und gegen dieses Gesetz. Die bürgerlichen Zeitungen befürworten es. Die bürgerlichen Zeitungen sind ein Hindernis im Kampf des Proletariats und seiner Freiheit. Darum hinaus aus den Händen mit den bürgerlichen Zeitungen! Werde neue Väter für die Zeitung der Werktätigen, die Arbeiterstimme!

Von Krämpfen befallen

In den gelbigen Mittagsstunden wurde auf der Hirsbergstraße vor dem Grundstück 14 eine 27-jährige Rentnerin von Krämpfen befallen. Bekannten brachten die fränke Frau in die Hausflur, wo von hier aus durch die inzwischen erkrankene Polizei die Ueberführung nach dem Kranenhaus Lößbauer Straße angeordnet wurde.

Stimmt an ...

Stimmt an mit hellem hohen Klang, Der Kriegs- und Arbeitstümpel, Das Lied vom Vaterlandes Land, Das Lied vom Gammeltümpel.

Stimmt alle an, die ihr Korbkampf liebt, Das Lied vom der Stempelarte, Refrain: Wenn du glaubst, daß es bald Arbeit gibt, Na dann warte, warte, warte ...

Falsch muß ja der Himmel auf Erden sein, Das „Dritte Reich“ ist im Werden, Dann hat das Lied „Die Nacht am Rhein“, Dann wird's wieder besser werden.

Singt das Lied vom Gasbahn und vom Strid, Esch bereit, für Deutschland zu sterben Und bereit das unermessliche Glück, In Hunger und Not zu verderben.

Der „Nationalsozialismus“ marschieren, Er entzieht im „Dritten Reich“, Wer keine Hoffnung darauf konzentriert, Der ist bald eine Leiche.

Die Hauptfrage ist, daß bald regiert Das bürgerliche Klotz mit dem Heilen Und hinter uns alle zur Sonne führt, Zur Sonne mit letztem Wagen.

Gemeindeparlament Weißig gegen Erwerbslose und Siedler

(Arbeiterkorrespondenz 711) Die am 21. Juni stattfindende Gemeindevollversammlung fand unter dem Leitwort der Erwerbslosen und Siedler statt.

Die am 21. Juni stattfindende Gemeindevollversammlung fand unter dem Leitwort der Erwerbslosen und Siedler statt. Die am 21. Juni stattfindende Gemeindevollversammlung fand unter dem Leitwort der Erwerbslosen und Siedler statt.

Die am 21. Juni stattfindende Gemeindevollversammlung fand unter dem Leitwort der Erwerbslosen und Siedler statt. Die am 21. Juni stattfindende Gemeindevollversammlung fand unter dem Leitwort der Erwerbslosen und Siedler statt.



Eine Aufschrift, die vergangene Woche vielfach in den Straßen von Kottbuschbroda zu lesen war

Die am 21. Juni stattfindende Gemeindevollversammlung fand unter dem Leitwort der Erwerbslosen und Siedler statt. Die am 21. Juni stattfindende Gemeindevollversammlung fand unter dem Leitwort der Erwerbslosen und Siedler statt.

Die am 21. Juni stattfindende Gemeindevollversammlung fand unter dem Leitwort der Erwerbslosen und Siedler statt. Die am 21. Juni stattfindende Gemeindevollversammlung fand unter dem Leitwort der Erwerbslosen und Siedler statt.

Die am 21. Juni stattfindende Gemeindevollversammlung fand unter dem Leitwort der Erwerbslosen und Siedler statt. Die am 21. Juni stattfindende Gemeindevollversammlung fand unter dem Leitwort der Erwerbslosen und Siedler statt.

Die am 21. Juni stattfindende Gemeindevollversammlung fand unter dem Leitwort der Erwerbslosen und Siedler statt. Die am 21. Juni stattfindende Gemeindevollversammlung fand unter dem Leitwort der Erwerbslosen und Siedler statt.

Eine Kulturprobe des „Dritten Reiches“

Die Weisheit ist begierig

(Arbeiterkorrespondenz 720) Die Weisheit ist begierig. Die Weisheit ist begierig. Die Weisheit ist begierig.

Die Weisheit ist begierig. Die Weisheit ist begierig. Die Weisheit ist begierig. Die Weisheit ist begierig. Die Weisheit ist begierig.

Die Weisheit ist begierig. Die Weisheit ist begierig. Die Weisheit ist begierig. Die Weisheit ist begierig. Die Weisheit ist begierig.

Die Weisheit ist begierig. Die Weisheit ist begierig. Die Weisheit ist begierig. Die Weisheit ist begierig. Die Weisheit ist begierig.

Die Weisheit ist begierig. Die Weisheit ist begierig. Die Weisheit ist begierig. Die Weisheit ist begierig. Die Weisheit ist begierig.

Die Weisheit ist begierig. Die Weisheit ist begierig. Die Weisheit ist begierig. Die Weisheit ist begierig. Die Weisheit ist begierig.

Die Weisheit ist begierig. Die Weisheit ist begierig. Die Weisheit ist begierig. Die Weisheit ist begierig. Die Weisheit ist begierig.

Die Weisheit ist begierig. Die Weisheit ist begierig. Die Weisheit ist begierig. Die Weisheit ist begierig. Die Weisheit ist begierig.

Die Weisheit ist begierig. Die Weisheit ist begierig. Die Weisheit ist begierig. Die Weisheit ist begierig. Die Weisheit ist begierig.

Die Weisheit ist begierig. Die Weisheit ist begierig. Die Weisheit ist begierig. Die Weisheit ist begierig. Die Weisheit ist begierig.

Die Weisheit ist begierig. Die Weisheit ist begierig. Die Weisheit ist begierig. Die Weisheit ist begierig. Die Weisheit ist begierig.

Wofür

Wofür? Wofür? Wofür? Wofür? Wofür?

Wofür? Wofür? Wofür? Wofür? Wofür?

Wofür? Wofür? Wofür? Wofür? Wofür?

Wofür? Wofür? Wofür? Wofür? Wofür?

Wofür? Wofür? Wofür? Wofür? Wofür?

Wofür? Wofür? Wofür? Wofür? Wofür?

Bis 40 P

Bis 40 P. Bis 40 P. Bis 40 P. Bis 40 P. Bis 40 P.

Bis 40 P. Bis 40 P. Bis 40 P. Bis 40 P. Bis 40 P.

Bis 40 P. Bis 40 P. Bis 40 P. Bis 40 P. Bis 40 P.



Eine Aufschrift, die vergangene Woche vielfach in den Straßen von Kottbuschbroda zu lesen war

Die am 21. Juni stattfindende Gemeindevollversammlung fand unter dem Leitwort der Erwerbslosen und Siedler statt. Die am 21. Juni stattfindende Gemeindevollversammlung fand unter dem Leitwort der Erwerbslosen und Siedler statt.

Die am 21. Juni stattfindende Gemeindevollversammlung fand unter dem Leitwort der Erwerbslosen und Siedler statt. Die am 21. Juni stattfindende Gemeindevollversammlung fand unter dem Leitwort der Erwerbslosen und Siedler statt.

Die am 21. Juni stattfindende Gemeindevollversammlung fand unter dem Leitwort der Erwerbslosen und Siedler statt. Die am 21. Juni stattfindende Gemeindevollversammlung fand unter dem Leitwort der Erwerbslosen und Siedler statt.

Die am 21. Juni stattfindende Gemeindevollversammlung fand unter dem Leitwort der Erwerbslosen und Siedler statt. Die am 21. Juni stattfindende Gemeindevollversammlung fand unter dem Leitwort der Erwerbslosen und Siedler statt.

Jede Mü

Jede Mü. Jede Mü. Jede Mü. Jede Mü. Jede Mü.

Jede Mü. Jede Mü. Jede Mü. Jede Mü. Jede Mü.

Jede Mü. Jede Mü. Jede Mü. Jede Mü. Jede Mü.

Jede Mü. Jede Mü. Jede Mü. Jede Mü. Jede Mü.

Jede Mü. Jede Mü. Jede Mü. Jede Mü. Jede Mü.

Jede Mü. Jede Mü. Jede Mü. Jede Mü. Jede Mü.

Jede Mü. Jede Mü. Jede Mü. Jede Mü. Jede Mü.

Jede Mü. Jede Mü. Jede Mü. Jede Mü. Jede Mü.

Jede Mü. Jede Mü. Jede Mü. Jede Mü. Jede Mü.

Jede Mü. Jede Mü. Jede Mü. Jede Mü. Jede Mü.

Jede Mü. Jede Mü. Jede Mü. Jede Mü. Jede Mü.

Jede Mü. Jede Mü. Jede Mü. Jede Mü. Jede Mü.

Wofür die Werktätigen Steuern bezahlen

Der „sanierte“ Betrieb Villeroy & Boch

Bis 40 Prozent Lohnraub für die Belegschaft durchgeführt. Fabrikarbeitsverband und SPD-Betriebsrat in einer Front mit Unternehmer. Keramarbeiter, hinein in die Antifaschistische Aktion!

(Arbeiterkorrespondenz)

Im Jahre 1930 die Porzellan- und Steingutfabrik Villeroy & Boch, Dresden-Kautzsch, ihren gesamten Betrieb stillgelegt unter der Arbeiterkraft und besonders unter den Keramarbeitern ungeheure Empörung. Alle wußten, daß die Stilllegung nur das Trümmelstück war, um die Belegschaft einer Umstellung eines 20- bis 25prozentigen Lohnraubs zu zwingen.

Villeroy & Boch, eines der größten keramischen Unternehmen Deutschlands, hatten den Betrieb angeblich wegen „Unrentabilität“ stillgelegt, obwohl in den vorhergehenden Jahren immer noch Gewinne von 10 Prozent gewährt wurden und ungeheure Summen in die offenen Kassen abwanderten.

Die Firma wollte nicht mehr und nicht weniger, als von Staat und Stadt Subventionen erpressen, um den heruntergekommenen Betrieb wieder „leistungsfähig“ zu machen. Deshalb hielten 1400 Arbeiter und Angestellte auf die Straße.

Unterstützung des reformistischen Betriebsratsvorsitzenden Fanno und der Gewerkschaftsbürokratie wurde die Firma von einer Willkür leniert. Die Stadt Dresden und der sächsische Staat verpflichteten sich, für fünf Jahre die Zinsgarantie zu übernehmen.

Jetzt wurden neue Tunneln gebaut und an Stelle der vorher im Betrieb beschäftigten Arbeiter und Angestellten wurde nicht einmal die Hälfte wieder eingestellt. Um die durchgeführte „Sanierung“ auch bei den Arbeitern durchzuführen,

beiter und Arbeiterinnen flohen auf die Straße. Einträchtig arbeiten nun Gewerkschaftsbürokratie, Betriebsrat und Vertretung zusammen und können sich im Glanze der erteilten und glückselig durchgeführten Sanierung.

Nach alle Ämtern der Firma Villeroy u. Boch befinden sich in Händen einer schwerreichen Adelsfamilie. Bis vor kurzem war der jetzige Reichsminister Papen Mitglied des Aufsichtsrats und es ist ohne weiteres anzunehmen, daß er zu den Feinden der Arbeitermehrheit in verwandtschaftlichem Verhältnis steht.

Der Papentanz wird also auch bei uns im Betriebe durchgeführt werden, wenn wir uns nicht auflehnen und geschlossen den Gegenangriff führen.

Kollegen von Villeroy u. Boch, wann merdet ihr euch auf eure Kraft verlassen? Die Herren Feinde führen ein herrliches Leben auf Kosten der Steuergrößen der Werktätigen.

Schlicht die rote Einheitsfront zum Kampfe gegen weitere Verschlechterung eurer Existenzbedingungen, gegen die Subventionsschere auf Kosten der werktätigen Steuerzahler. Kämpft in der Antifaschistischen Aktion gegen Hunger, Krieg und Faschismus.

Streik gegen Lohnraub

Leipziger Metallbetriebe antworten auf den Vorstoß der Scharfmacher

Die Abhänger der Leipziger Metallbetriebe, die Löhne entsprechend dem Schicksal vom 8. Mai um 5 bis 9 Pf. abzuhauen, hat die Leipziger Metallarbeiter antwortet: Sofort nach Bekanntwerden dieses Anschlags nahm eine Anzahl Betriebe in Solidaritätsbewegungen Stellung und beschloß Kampfmaßnahmen.

Am Sonnabend früh, vor Arbeitsbeginn beschloß die Belegschaft der Eisenhütten Leipzig gegen 4 Stimmen den Streik, falls die Unternehmer ihre Absicht wahrnehmen sollten.

In einer Belegschaftsversammlung der HfS am Freitagabend wurde beschlossen, das Unternehmerrisiko abzuwälzen und mit Streik zu beantworten. Der DFB-Betriebsrat Schramm erklärte, daß kein Geld zum Streiken da sei. Alle DFB-Mitglieder traten Schramm entgegen und forderten, daß der DFB den Willen der Arbeiter befolgt. Nach ausführlicher Diskussion wurde das Unternehmerrisiko abgelehnt und Kampfmaßnahmen beschlossen.

Diese Beschlüsse der Leipziger Metallarbeiter sind ein Beispiel der Kampfbereitschaft. So müssen alle Arbeiter in geschlossener Einheitsfront auf jeden Unternehmerrisiko antworten und den Streik gegen jeden Pfennig Lohnraub aufnehmen.

beisitzende Arbeiter beizutragen. Nimmt man die Zeit vom 1. Juli 1931 bis 31. März 1932 gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres, dann ergibt sich folgendes:

Wachstum des Düngemittelverbrauches:
Stickstoff 400.000, Phosphorsäure 750.000, Kali 1.500.000, Kalk 2.500.000 Doppelzentner. Gegenüber 1930 kam bei HMA von Stickstoff um 20, Phosphor 25, Kalk 26 und Isoliensäure Kalk 32 Prozent.

So wollen es die Nazis!

12 Stunden arbeiten für 50 Pf. und Verfestigung

In Schloßheim i. Th. streifen auf dem Rittergut die Landarbeiterinnen. Es werden dort schließliche Arbeiterinnen beschäftigt, die die Arbeit niederlegen, weil ein Lohnabbau vorgenommen wurde. Sie wurden von den Behörden wieder nach Schloßheim zurückgeführt. Der Terror der Nazis unter der Regierung Brüning noch viel zu offensichtlich hatten und viele deshalb von den Gerichten toleriert wurde. Die neue Notverordnung brachte einem verhassten Abbau der Renten und Erwerbslosentlastungen. Die Verhinderung des vollständigen Arbeitsrechts haben hervor. Der neuen Regierung müßte der schärfste Kampf angelegt werden. Das war der Ausgang seiner Rede, die keine Verhänge für die Organisierung des Kampfes gegen die Regierung Papen brachte.

Eine vorgelegte Entschädigung verweigerte zum Schluß auf die Reichstagswahl. Die Empörung der verammelten Kollegen

Radikale Phrasen, weiter nichts

(Arbeiterkorrespondenz 715)

Am Donnerstag, dem 21. Juni fand im Dresdner Volkshaus eine antifaaschistische Belegschaftsversammlung des Geländereparaturhandes statt. Der Angeleitete Hund erging sich in tabulativen Tönen gegen die neue Notverordnung der Regierung von Papen. Einleitend bemerkte er, daß die Arbeiter unter der Regierung Brüning noch viel zu offensichtlich hatten und viele deshalb von den Gerichten toleriert wurde. Die neue Notverordnung brachte einem verhassten Abbau der Renten und Erwerbslosentlastungen. Die Verhinderung des vollständigen Arbeitsrechts haben hervor. Der neuen Regierung müßte der schärfste Kampf angelegt werden. Das war der Ausgang seiner Rede, die keine Verhänge für die Organisierung des Kampfes gegen die Regierung Papen brachte.

Eine vorgelegte Entschädigung verweigerte zum Schluß auf die Reichstagswahl. Die Empörung der verammelten Kollegen

Genosse Kurt Sindermann, MdL

spricht in einer Betriebsversammlung des Eltwerkes über: Lohnabbau, Massensteuern und faschistische Unterdrückung — Wo ist der Ausweg?

Mittwoch, den 29. Juni, 16 Uhr im Restaurant Geißler, Palmstraße. Eltwerk-Arbeiter, erscheint restlos!

über die neue Notverordnung war groß, und es lehte nur noch die seltene Opposition, die den Kollegen den richtigen Ausweg aus den jetzigen kapitalistischen Zuständen zeigt. Diese Opposition gilt es jetzt mit aller Zähigkeit und Ausdauer zu erhalten. Über den zweiten Punkt der Tagesordnung: „Wichtige Verbandsangelegenheiten“ ging die Belegschaft einfach hinweg. Anleitend führte man die Kritik der Mitgliedschaft, über die letzten Vorgänge im Verband, und verließ es, auch nur mit einem Worte über die Verhinderung des Verbandstages und die letzte Beisatzung zu berichten. Auch diese Belegschaftung ist nicht eine Warnung, alle Kräfte zusammenzufassen, zur Organisierung einer einheitlichen Oppositionsbewegung. Schlußwort, erscheint alle am Mittwoch im Keglerheim zur Belegschaft der Opposition und hört, was dieselbe auch zu sagen hat.

Zwangsarbeit auf Rittergütern

Das Arbeitsamt Camburg i. Th. und die Wohlfahrtsämter vermitteln in wahlloser Weise unter Ausnutzung des Entzugs der Unterstützung die Wohlfahrtsunterstützungsempfänger auf Rittergüter. Dort erhalten sie 16 Pfennig Stundenlohn und Teeputer im Werte von 3 Pfennig pro Stunde. Somit beträgt der Wochenlohn bei 40-stündiger Arbeitszeit 7—8 Mark. Damit nun den Gutsherren die billigen Arbeitskräfte erhalten bleiben, zahlt die Kreisstelle von den Steuergrößen der Werktätigen den ausgearbeiteten Erwerbslosen einen Zuschuß in Höhe von 3—4 Mark die Woche. Die Arbeiter im Landkreis Camburg rufen aber zur Antifaschistischen Aktion. Am 12. Juni fand eine Belegschaftsversammlung statt, wo ein Kompaßausflug gewählt wurde.

Seldel & Naumann fordert 10-15 Pfennig Lohnabbau für Holzarbeiter

(Arbeiterkorrespondenz 724)

Das vom Verband der Metallindustriellen geführte Lohnabkommen läuft Ende Juni ab. Von neuem sollen die Metallarbeiter bitten. Bei Seldel & Naumann, Dresden, wurde dieser Tage ein Anschlag ausgeführt, der auf den Abbau des Lohnabkommens hinweist und den im Betrieb beschäftigten Holzarbeitern anbietet, ab 1. Juli für Metallarbeiterlöhne zu arbeiten. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß im Falle der Ablehnung die Kündigung ausgesprochen wird.

Ein neuer Lohnraub von 10 bis 15 Pfennig pro Stunde soll an den Holzarbeitern durchgeführt werden. Wer sich nicht für den „Hörs“ in auch hier, die Parole, mit der die Metallindustriellen die Arbeiter einschüchtern wollen. Weber der DFB nach der Holzarbeiterverband haben bis heute etwas unternommen, um diesen letzten Anschlag abzuwehren.

Metallarbeiter, erklärt euch mit den Holzarbeitern solidarisch und folgt dem Beispiel eurer Leipziger Kollegen, die neuen Lohnraub mit Streik beantworten werden.

Faschistische Wirtschaftspolitik des Warmbold-Trustes

Für die „verantwortungsbewußte“ und „nationale“ Wirtschaftspolitik der Industriellen, besonders der IG Farben, deren Vertreter Warmbold in der Papenregierung fig. geben folgende Zahlen eine treffliche Illustration:

Exportwert Kautschuker latex in Holland 13,09 Mark, in Deutschland 21,45 Mark je Doppelzentner.
Exportwert Ammoniak deutscher Herkunft latex in Holland 13,09, in Deutschland 19,75 je Doppelzentner.
Exportwert Superphosphat deutscher Herkunft latex in Holland 2,72, in Deutschland 4,77 Mark.

So wird durch die faschistischen Industriellen der Papenregierung dem Bauer die Produktion und dem Arbeiter damit das Brot verweigert. Gleichzeitig hat diese Dampfpolitik des Papenministers und seines Truhs vornehmlich zu dem harten Rückgang des Konsumgüterverbrauchs und damit auch zur Unterdrückung der Arbeiterklasse beigetragen, sondern auch noch die Leistungen der Angestelltenmehrfachung zugeht.

Kampfrufe, hinein in Massen in die Kampfzeilen der Antifaschistischen Aktion!

Gewerkschaftskollegen und -kolleginnen!

Neuer verschärfter Abbau der Löhne, Unterstützungen und Renten kennzeichnet den Weg der Papen-Schleicher-Regierung. Die oppositionellen Gewerkschaftler Dresdens rufen euch erneut zu einer Versammlung.

Mittwoch, den 29. Juni, 20 Uhr, im Keglerheim

Kollege Stadtverordneter Hans Neuhof, Mitglied des DMV, spricht über: „Tarifverträge und Sozialversicherung. Was muß die Arbeiterschaft zur Abwehr der geplanten Anschläge tun?“

Erscheint in Massen! Bringt eure Kollegen mit!

Die Kommission der oppositionellen Gewerkschaftler Dresden.



Jeder Arbeiter trägt an seiner Mütze das Zeichen der Antifaschistischen Aktion!

Mit Zustimmung des Betriebsrats Fanno und des Fabrikarbeitsverbandes der Lohn um 20 Prozent gekürzt.

Trotzdem hielten sich die Reformisten und besonders die Dresdner Volkshausung ganz im Gegensatz zum Vorwärt, der die Subventionspolitik als einen Stempel bezeichnete — als „die Politik der Arbeitermacht“ hin.

Wie sieht es nun heute in diesem „sanierten“ Betrieb aus? Von den 1400 Köpfe betragenden Belegschaft arbeiten etwa 700. Die Löhne sind ebenfalls „saniert“. Sie betragen zum Beispiel für männliche Facharbeiter (alle gelehrte Leute) von 17 bis 21 Pfennig pro Stunde und im Afford 50% Pfennig.

Für weibliche Facharbeiter werden gezahlt von 20 bis 41 Pf. im Afford 37% bis 47% Pfennig.

Einzelarbeiter verdienen von 14% bis 30% Pfennig. Hilfsarbeiterinnen 11 bis 37% Pfennig.

Für die Hälfte der Belegschaft arbeitet im Afford und an Hand der geschätzten Löhne kann man sich leicht ein Bild machen, unter welchen Lebensbedingungen die Arbeiter von Villeroy & Boch leben müssen.

Im Betrieb wurde mit Hilfe des SPD-Betriebsrats Fanno Streikmaßnahmen veranstaltet und fast alle revolutionären Kräfte

Oppositionsliste im ZdA, Düsseldorf

Ein Beispiel für alle oppositionellen Angestellten. Verstärkt die innergewerkschaftliche Arbeit zur Durchführung der Antifaschistischen Aktion!

Niele Jahre lang haben die sozialdemokratischen Führer des Zentralverbandes der Angestellten jede Opposition mit den brutalsten Mitteln unterdrückt und Tausende von oppositionellen Angestellten ausgeschlossen. Doch der Kontrast der reformistischen Politik, die Notverordnung Brüning und Papens, haben immer mehr Angestellte angereizt, und die Opposition markiert. Jetzt ist es im ZdA in Düsseldorf trotz allem Terror gelungen, eine Liste zur Betriebswahl mit 124 Kandidaten und 131 Unterschriften aufzustellen. Gleichzeitig hat die Opposition ein Kampfprogramm aufgestellt.

Dieser Vorschlag der Opposition im ZdA Düsseldorf ist ein Beispiel für alle oppositionellen Angestellten! Jetzt müssen sich alle Angestellten, die gegen die Notverordnungspolitik kämpfen wollen, zusammenschließen, Entlarven vor allem die Kapitalisten vor den Angestellten! Die von Hitler geführte Papenregierung ist es, die den Angestellten nicht nur einen neuen Gehaltsabbau diktiert, ihnen die Arbeitslosenunterstützung un-

ter verschlechtert, sondern auch noch die Leistungen der Angestelltenmehrfachung zugeht.

Kampfrufe, hinein in Massen in die Kampfzeilen der Antifaschistischen Aktion!

Mittwoch, den 29. Juni, 20 Uhr, im Keglerheim

Kollege Stadtverordneter Hans Neuhof, Mitglied des DMV, spricht über: „Tarifverträge und Sozialversicherung. Was muß die Arbeiterschaft zur Abwehr der geplanten Anschläge tun?“

Erscheint in Massen! Bringt eure Kollegen mit!

Die Kommission der oppositionellen Gewerkschaftler Dresden.

RUND UM DEN ERDBALL

„Freiwillige“ Arbeitsdienstpflicht

Die Arbeiter und Bauern in Polen lehnen sich auf

Warschau, 27. Juni. In der westukrainischen Kreisstadt Bereha wurde ein Beamter der Kreisbehörde von Bauern überfallen und getötet. Am 24. Juni sollte das sogenannte „Fest der Arbeit“ stattfinden. Ein vier Kilometer langer Abschnitt einer Straße soll gebaut werden. Zur Vorbereitung dieser Arbeit war ein Kreisbeamter in der Kreisstadt erschienen. Die örtliche Bevölkerung lehnte jedoch die Leistung dieser Arbeit ab. Etwa 200 ukrainische Bauern überfielen den Kreisbeamten und misshandelten ihn so schwer, daß er den Verletzungen auf dem Wege zum Krankenhaus erlag. Die Polizei nahm sofort zahlreiche Verhaftungen unter den Ukrainern vor. Das Ergebnis der Untersuchung wird geheimgehalten.

Die hier wiedergegebene Meldung der Telegraphenunion ist recht dunkel gehalten. Wer die Verhältnisse nicht kennt, dem ist es

unklar, um was es hier geht und weswegen die Bauern den Beamten erschlagen haben. Es handelt sich um die sogenannte Arbeitsdienstpflicht nach deutschem Muster. Die Bauern werden gezwungen, „freiwillig“ Dienst zu leisten. Gegen diesen „freiwilligen“ Arbeitsdienst kämpfen die Arbeiter und Bauern in ganz Polen schon seit Jahr und Tag mit allen Mitteln.

Hilflos war es auch in Polen so, daß sich viele freiwillig zum Arbeitsdienst gemeldet hatten, weil sie glaubten, auf diese Weise aus dem Elend der Arbeitslosigkeit herauszukommen. Bald aber erkannten sie, daß der Arbeitsdienst die wahrhaftige Hölle ist. Und nun ereignen sich täglich solche Kämpfe, wie sie hier im Telegramm der Telegraphenunion geschildert werden.

Man wird auf das Kommende trainiert



„Giftgas über Allenstein“ hieß die erste Vorführung der großen Luftschutzbomben, die gegenwärtig in ganz Ostpreußen durchgeführt werden. Ein feindlicher Flugzeugangriff wurde simuliert. „Gasbomben“ wurden geworfen und die Beobachter mußten mit Gasmasken in die Keller flüchten. Unsere Aufmerksamkeit gibt eine Rettungsstelle bei erster Hilfeleistung nach dem „Gasangriff“ wieder.

Lebenslänglicher Ketten für den Frauenmörder

Wien, 26. Juni. Die Geschworenen haben Franz Vaudenbach des tödlichen Raubmordes an Justine Mahr und an Anna Vabert einstimmig schuldig gesprochen. Marie Vaudenbach erkannten sie mit neun gegen drei Stimmen der entfernten Mitschuld am Raubmord schuldig. Der Gerichtshof hat Vaudenbach zu lebenslangen Ketten, seine Frau zu achtzehn Monaten schweren Strafers verurteilt.

Drei Tote, 22 Verletzte

Neunauto rast in Zuschauermenge

Paris, 27. Juni. Während der Automobilwettkampf „Rund um Vohringen“, die gestern ausgetragen wurde, ereignete sich ein furchtbares Unglück. Einer der Rennfahrer verlor unweit von Nancy die Gewalt über seinen Wagen, so daß das Fahrzeug in die dichtgedrängte Zuschauermenge raste. Eine 31-jährige Frau und ihr achtjähriger Sohn sowie ein noch unbekanntes Kind von etwa acht Jahren wurden auf der Stelle getötet, während 22 Personen zum Teil schwer verletzt wurden.

Unter den Verletzten befinden sich auch verschiedene Soldaten, die als Zuschauer dem Rennen beizuwohnten. Bei einigen der Verletzten besteht Lebensgefahr. Die Ursache der Katastrophe hat sich bei der sofort eingeleiteten Untersuchung noch nicht feststellen lassen.

Blutorgie eines Irren

Drei Familienmitglieder durch Messerstiche schwer verletzt

Aus Raab (Oberösterreich) wird gemeldet: Der 46-jährige Gutsherr Johann Aloninger in Prambach bei Raab war vor zwei Jahren, da er in einem Tobsuchtsanfall seine Familie bedroht hatte, in der Landesirrenanstalt in Niederhart, die er nach kurzem Aufenthalt gegen Kessers wieder verließ. In der Nacht auf Freitag wurde er wieder von Verfolgungsideen befallen. Er drang mit einem Messer in die Schlafkammer seiner Frau und brachte der im Bette schlafenden mehrere tiefe Stichwunden am Kopf und an den Händen bei. Dann stürzte sich Aloninger auf die Kinder und ließ in der Finsternis blindlings um sich. Dabei verletzte er seine Tochter durch Stichwunden schwer, der 12-jährige Knabe erlitt einen Stich in die Hand. Die schwerverletzte Frau erlitt blutüberströmte zu Nachbarn. Der Irrenarzt bemächtigte sich inzwischen mit einer langstieligen Gabel und drohte, alle zu erschlagen. Ein Bauernburde überwallte endlich den Irrenhügel.



Hittlerpuppe

In Sonnenburg, der Zentrale der deutschen Spielzeugfabrikation, stellt man neuerdings Puppen her, die in genauer Nachbildung die Uniform der SA tragen. Man will dadurch bereits bei den Kleinsten das Interesse am „Dritten Reich“ wecken.

Kapitän betrunken

Schiffsunfall

Hamburg, 27. Juni. In der Nacht zum Montag ereignete sich auf der Elbe bei Blankenese ein schwerer Schiffsunfall. Die mit etwa 40 Personen beladene Ausflugskanone „Ella“ wurde von dem Revant-Dampfer „Galibia“ gerammt.

Der Zusammenstoß erfolgte mit solcher Wucht, daß die meisten Insassen der Kanone ins Wasser fielen. Einige Personen erlitten nicht unerhebliche Verletzungen, doch ist, soweit bis jetzt bekanntgemeldet ist, niemand ertrunken.

Der Zusammenstoß ist darauf zurückzuführen, daß der Revantführer betrunken war und durch einen Manövrierfehler direkt auf den Dampfer „Galibia“ zukehrte, dessen Kapitän trotz sofortigen Abstoppens den Zusammenstoß nicht mehr verhindern konnte.

Im Steueramt erhängt

Temesvar, 27. Juni. In Temesvar erhängte sich der Kaufmann Stoianovici im Steueramt. Er war vorgeladen worden, die rückständigen Steuern zu bezahlen, und als er erklärte, er habe kein Geld, sagte ihm der Steuerbeamter wörtlich: „Wenn Sie kein Geld haben dann hängen Sie sich auf!“ Stoianovici befolgte diesen Rat und erhängte sich am Fensterrahmen des Kontors des Steueramtes.

Unzählige Millionen

der Schwerindustrie fließen in die Kassen Hitlers zur Knächtung der Arbeiterklasse.

Für den Kampf gegen den Faschismus sind Mittel notwendig.

Darum jeder Pfennig für die

Antifaschistische Aktion!

Hunger und Not scheitern

durch die Städte und Dörfer Japans

Die hiesige Zeitung „Der Welt“ bringt einen Artikel über Hungerproben in Japan, der uns ein Bild bietet über die heutigen Zustände in Japan. Wenn man diesen Artikel gelesen hat, versteht man, weshalb die japanische Imperialismus auf einen Krieg gegen die Zivilisation drängt. Wir werden hier die wichtigsten Stellen dieses Artikels in wortgetreuer Übersetzung wiedergeben.

Die Räder laufen leer

Wajabahi (Nordjapan), ... Juni. Wajabahi ist eine Stadt mit 5000 Einwohnern im nordjapanischen Gebirge. Die Stadt heißt eigentlich aus einer langen Reihe alter japanischer Bauernhöfe, aufgereiht längs des Flusses, der mit seinen zahlreichen Wasserfällen die Energiebasis der Stadt bildet.

Das reichende Gebirgswasser betreibt seit vielen Jahrzehnten die Wasserräder der kleinen japanischen Seidenwebereien. So war es bis vor kurzem, denn jetzt laufen die Räder leer. Die Stadt Wajabahi hungert genau so wie Hunderte von anderen Seidenzentren Japans. Seit Monaten haben die städtischen Lehrer keinen Pfennig von ihrem Gehalt gesehen, die Banken sind überhäuft. In der Stadt und in der Umgebung herrscht der Hunger und in den anderen Provinzen Nordjapans auch.

Der große Käufer Amerika kauft keine Seide mehr, ein Beleg nach dem anderen meldet seinen Bankrott an.

Weißer Knochen

In den tiefen Wäldern der Umgebung, am Fuße des halb erlöschenden Vulkanes Niama, sind viele Bäume zu sehen, denen von oben bis unten die Rinde fehlt. Wie Gespenster heben sich die weißen Baumstämme vom grünen Hintergrund des Gestrüpps ab, normalerweise leben die Bäume wie weiße Skelette aus. In China, in der Hungerprovinz Schank, sah ich solche Baumstämme ohne Rinde und auch hier entstanden diese Baumknochen auf dieselbe Art: die hungerte Bevölkerung riß die Rinde los, um sie zu essen.

Das Elend in der Provinz Wajabahi ist kein Ausnahmefall. Es vergeht kein Tag, ohne daß Delegationen von Bauern und Seidenwebern nach Tokio kämen, um Regierungshilfe zu fordern, da die örtlichen Behörden schon seit langem sich als ohnmächtig erklärt haben.

Abgemagerte und verzweifelte Kreaturen

Es gibt wohl offizielle Statistiken ... aber hier begreift man besser, wenn man das auf einem riesigen Territorium wüstenelnde Elend sieht, weshalb Japan zum Kriege drängt und weshalb die Massen sich radikalisieren. Man begreift all das besser, wenn man mit eigenen Augen diese abgemagerten und verzweifelten Geschöpfe sieht, ihren primitiven Tauschhandel von Reis zu Reis beobachtet, denn Bargeld ist in vielen Orten überhaupt nicht mehr vorhanden.

„Wir können keine Versicherungsverträge mehr abschließen“, erklärte mir in Tokio der Direktor einer großen, von der „Mitsui“ kontrollierten Versicherungsgesellschaft, „weil unzulässig Brandstiftungen erfolgen, eine nach der anderen. In den Hungerprovinzen werden die Bauern ihre eigenen Höfe verpfänden müssen, um die Steuern zu zahlen, und unsere Agenten dagegen machtlos sind. Diese Unglücklichen leben nur einen Weg, um sich zu beschaffen, sie wenden ihre alten Familienhäuser an, sie müssen selbst die Scholle, mit der sie verwurzelt sind. Man sieht ihnen den Versicherungsbetrag oder man stößt sie ins Gefängnis. In beiden Fällen haben sie Brot.“

Die Bauern verkaufen ihre eigenen Töchter

Man verkauft die eigenen Kinder. Das Elend und die Wirtschaftskrise haben die Bevölkerung vieler japanischen Provinzen zu dem gemacht, was die Bevölkerung der chinesischen Hungerprovinzen schon seit Jahren ist: zu einer Masse von Hungerleidern, die jeden Rückhalt verloren haben, ohne Hoffnung auf ohne Erinnerung an ihr früheres geregeltes Familienleben abzugeben. Neben diesem unbeschreiblichen Elend haben sich die großen Vermögen der Banken, Großkaufleute und Politiker. Die Gegenstände hier sind ebenso ersichtlich wie in Amerika.“

Es ist begreiflich, daß auch Japan unter diesen Umständen der „Zivilisation“ vor dem Bolschewismus retten will und seine imperialistischen Armeen bis an die Grenze der Sowjetunion vorgeschoben hat. Denn für den japanischen Imperialismus gibt es heute keinen Ausweg. Hungert er durch seine Städte und die Revolution ist unabwendbar.

Verantwortlich: Alfred Bendtsen, Berlin.